Nr. 163 3. Oktober 1991

INTERIM

auswärts 2,50 DM
Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

HY-M 140

Greift ein!

Schaut nicht länger weg! Wehrt Euch gegen rassistische und faschistische Überfälle!

Vorwort

Die EReignisse der letzten Wochr haben diese Ausgabe erneut einen antirassistischen Schwerpunkt gegeben.
im Lauf der Woche sind 40-50 AsylbewerberInnen nach Berllin gekommen. Bislang kommen alle aus Hoyerswerda und haben die rassistischen Angriffe auf ihr Wohnheim miterlebt Als sie daraufhin auf verschiedene sächsische Landkreise aufgeteilt werden sollten, zogen sie es vor, illegal nach Berlin einzureisen. Ihre zentralen Forderungen an den Berliner Senat sind: keine Verscheibung in den Osten und ein Aufenthaltsrecht für Berlin.
Der Koordination autonomer Flüchtlingsgruppen ist es gelungen, die Versorgung, Unterkunft und Betreuung der Flüchtlinge vorerst sicherzustellen. Allerdings dürfte ein ausreichender Schutz im Moment nur gewährleistet sein, wenn die Kirche gezwungen werden kann, den Flüchtlingen Kirchenasyl zu geben. Bislang weigert sie sich der Forderung der Flüchtlinge nach gemiensamer Unterbringung in einem Haus nachzukommmen Mit ihrer Hinhaltetaktik und erneuten Selektion der Flüchtlinge macht sich die Kirche (und hier scheinen Geminden und Kirchenleitung gleichgeschaltet zu sein) zum verlängerten Hebel der rassistischen Politik. Ein Bleiberecht für alle kommt für sie nicht in Frage.
Aber auch wir "Weißen" UnterstützerInnen müssen aufpassen, das wir die Flüchtlinge aus Hoyerswerda nicht instrumentalisieren. Antirassistische Politik kann nicht von "Weißen" bestimmt werden, und unsere Unterstützungsarbeit muß sich exakt an den Interessen, Forderungen und Kämpfen der MigrantInnen orientieren.
Auch innerhalb der Unterstützungsgruppe scheint es zwischen Deutschen und seit längerem in Berlin lebenden ImmigrantInnen schon zu Konflikten gekommen zu sein, deren Ursache eine zu subjektivistische Herangehensweise von uns Deutschen gewesen sein dürfte. Die Grenzen zum Rassismus sind hier fließend, weshalb der Konflikt einer intensiven Nachbereitung bedarf. Wir haben zu dieser Problematik den Text "Rassismus und Deutsche Linke" geklaut. (S.12)
Trotzdem denken wir, daß es den berliner Flüchtlingsgruppen besser als in den zurückliegenden Versuchen gelungen ist, den direkten Kontakt mit den Flüchtlingen zur Grundlage ihrer Intervention zu machen. Manchmal lernen wir eben doch aus unseren Erfahrungen. Den Flüchtlingen, UnterstützerInnen und allen anderen Beteiligten wünschen wir viel Kraft und Durchhaltevermögen für die nächsten Wochen. Bleiberecht für alle!

spendet massenhaft auf: Sonderkto. T. Lehmann, Postgiroamt Bln,
Blz 10010010, Kto.Nr.198-100
Stichwort:"Bleiberecht"

Von der Demo in Hoyerswerda haben wir 3 Redebeiträge erhalten, von denen der längere auf Grund der Situation nicht gehalten werden konnte.(S.6) Es folgt ein erster Beitrag, der sich mit den innerhalb der Demo gelaufenen Auseinandersetzung befasst. Das kann aber nur ein Anfang sein. Wir fordern alle direkt und indirekt Beteiligten auf, zu dem Konflikt Stellung zu beziehen. Die Empörung der ausländischen Genossin können wir nur zu gut verstehen und finden die Kritik an derart ungezielter Männermilitanz notwendig. Neben den brutalen Angriffen auf einzelne DemoteilnehmerInnen wurde dadurch die Demonstration insgesamt gefährdet und beinahe handlungsunfähig gemacht. In der anstehenden Diskussion wünschen wir uns die Bereitschaft von allen Seiten zu einer konstruktiven Kritik. Dafür müssen wir über das gegenseitige Anmachen hinauskommen und neben den Schwächen auch die Stärken der jeweils anderen Gruppen wahrnehmen. Auch die Tendenz in der letzten Zeit, militantes Verhalten auf Demos an andere Leute zu delegieren,halten wir für fragwürdig. Darüberhinaus arbeiten in Berlin nur sehr wenig Gruppen mit ausländischen Jugendbanden zusammen. In unserer antirassistischen Politik finden wir aber eine gemeinsame Praxis mit ihnen, in der wir uns gegenseitig ernst nehmen, unerläßlich. Das sexistische Gewaltverhältnis, das dabei häufig (und natürlich nicht nur bei ihnen) zu Tage tritt, müssen wir allerdings als mindestens genauso wichtig mit einbeziehen. Für eine fetzige Debatte.

Der Text über AlbanierInnen in Jugoslawien (22,23) ist wichtig zum Verständnis des "Nationalismus" in Jugoslawien. Allerdings sind wir mit der Darstellung der Frauendemo als "rassistisch" nicht einverstanden. Den Frauen wird unterstellt, daß sie "angeblich" keinen Grund hätten auf die Straße zu gehen. Dies glauben wir schlicht und einfach nicht. ES paßt dem Schreiberling wohl nicht ins Konzept, wenn auch albanische Männer Gewalt gegen Frauen ausüben. Hier wird wieder ein Unterdrückungsverhältnis gegen das andere "ausgespielt" und nicht beides gleichberechtigt analysiert. Hier kann es sich nur um einen männlichen Autor handeln.

Die Hungerstreikforderungen der 3 Männer aus dem Celler-Knast (Folkerts, Dellwo, Taufer) nach uneingeschränkter Kommunikations- und Dikussionsmöglichkeiten unterstützen wir aufs schärfste. Sie ist politisch notwendig, um endlich das Schweigen zu durchbrechen, welches seit eineinhalb Jahrzehnten die RAF-Gefangenen umgibt. Der Vorschlag aus der Erklärung, die Geschichte der linksradikalen Bewegung der letzten 20 Jahre zu diskutieren und kritisch zu beleuchten, ist überfällig. Die Forderung der Gefangenen vom letzten Hungerstreik 89 nach freier Kommunikation mit allen gesellschaftlichen Gruppen ist als guter Vorsatz steckengeblieben. Die Debatte war unserer Meinung nach wieder einseitig. Aus dem autonomen und antiimperialistischen Spektrum gab es eine sichtbare Bereitschaft den Vorschlag umzusetzen. Es sind nach dem HS eine Fülle von Papieren entstanden, die bis heute von Seiten der Gefangenen nicht beantwortet wurden. Die politische Bereitschaft zur kritischen Reflexion von revolutionärer Politik und Strategie ist für uns nicht erfahrbar gewesen. Daß die 3 Gefangenen aus Celle mit Leuten aus dem reformistischen Spektrum politische Auseinandersetzungen führen, ist ihre Sache und außerhalb jeder Kritik. Was wir uns wünschen und notwendig ist, wäre endlich eine offene Diskussion mit dem politischen Spektrum oder der gesellschaftlichen Gruppe, die nach wie vor einen revolutionären Ansatz vertritt. Also Solidarität aber nicht kritiklos!

Die umfangreiche Diskussion die Heinz Schenks Papier aus der letzten Ausgabe ausgelöst hat, erfreut uns natürlich fast maßlos. Allerdings ist das Kritikpapier von Herrn Hübel (S.35,36) in seiner inhaltlichen Aussagekraft sogutwie wertlos. Wir haben es quasi nur der Form halber noch dringelassen, da Papiere die sich auf andere Papiere in der Zeitung beziehen selten genug sind. Wir halten aber Herrn Hübel für einen talentierten Schriftsteller, der nur dazu neigt, seine inhaltliche Schwäche mit aufgeblähten und arroganten Formulierungen zu vertuschen versucht. Das Papier von Schenk ist dadurch in seinem politischen Gehalt kaum getroffen worden. Anders bei dem 2. Papier von Frau Pulver, welches Schenks Argumente ernsthaft kritisiert.

Liebe St. Pauli Fans: Die letzte Woche geäußerte Kritik sei ungenommen. Jedoch haben wir den Aufruf zum St.Pauli - Hertha - Spiel nur deshalb nicht gebracht, weil wir schwarz auf rot nicht weiterverarbeiten können.

Inhaltsverzeichnis:

Presseerklärung S.4
Volxsport S.5
Redebeitrag Hoyerswerda S.6
" " S.7 U.8
Kritik zur Demo S.9
Vietnamesische MigrantInne in Polen S.11
Rassismus und deutsche Linke S.12
Ökonomischen Bedingungen der Rassismen S.14-21
AlbanerInnen in Jugoslawien S.22
Zeesen S.24
Wir tun es nur aus Haß !!! S.26
Vergewaltigerprozeß S.27
Hungerstreikerklärung S.28
Ralf und Knut S.32
Antwort auf H. Schenk S.34
Totalverweigerer S.37
Demo 3.10 S.38

Ordnerliste:

Antifa-Demo in Bayreuth
Demoaufruf Göttingen
Stap Europe 92
Wagenburg Stuttgart
Flugi Frankfurt

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

GEGEN RASSISMUS UND AUSLÄNDERINNENFEINDLICHKEIT !

3. PRESSEERKLÄRUNG der Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen "BLEIBERECHT FÜR ALLE"

Berlin, den 1.10.1991

Seit heute mittag haben wir von der Koordination Autonomer Flüchtlingsgruppen die Passions-Kirche am Marheinicke-Platz besetzt. Mit dieser Aktion unterstützen wir Flüchtlinge, die aus Hoyerswerda nach Berlin geflohen sind. Die meisten von ihnen sind seit Anfang letzter Woche in Berlin, Sie wurden von uns untergebracht, wir boten ihnen Schutz und juristische Beratung. Aufgrund ihres illegalen Status in Berlin haben wir die verschiedenen Unterbringungsorte bisher geheim gehalten. Nicht verschwiegen haben wir ihre Ankunft in Berlin. In einer am 25.9. von uns gemeinsam mit der AL organisierten Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg konnten die Flüchtlinge selbst zu Wort kommen. Sie schilderten ihre erlebten Bedrohungen und Angriffe in Hoyerswerda und die am Montag den 23.9. versuchte Zwangsverlegung und verschärfte Kasernierung ins sächsische Umland. Aus der begründeten Angst vor weiteren Angriffen ist die Mehrheit der Flüchtlinge in Gruppen oder als Einzelne geflohen.
Wir boten ihnen unseren Schutz an und stellten gleichzeitig an das Abgeordnetenhaus von Berlin die Forderungen nach:

- **Sofortiger Aufnahmegarantie für die aus Hoyerswerda und anderen Orten nach Berlin geflohenen Flüchtlinge!**
- **Gewährung von Sozialhilfe dort, wo sie sich z.Zt. aufhalten!**
- **Freie Wahl ihres Aufenthaltsortes für alle Flüchtlinge!**
- **Keine Kasernierung von Flüchtlingen, sei es in Heimen oder Bundeswehrkasernen!**
- **Bleiberecht für alle Flüchtlinge und ArbeitsimigrantInnen.**
- **Keine Abschiebungen!**

Parallel dazu nahmen wir Kontakt zu verschiedenen Kirchengemeinden und der Leitung der ev. Kirche Berlin/Brandenburg auf. Wir forderten die Kirche auf, die Flüchtlinge ebenfalls in ihren Forderungen zu unterstützen. Die Flüchtlinge wollen an einem Ort gemeinsam untergebracht werden. Sie wollen gemeinsam und zusammen für ihr Bleiberecht in Berlin eintreten. Deshalb ist unsere zentrale Forderung an die Kirche, der wir mit der heutigen Besetzung der Passionskirche öffentlich Nachdruck verleihen wollen:

** Gewährung eines öffentlichen Kirchen-Asyls bis zur politischen Entscheidung.
** Gemeinsame Unterbringung in kircheneigenen Räumen
** Den politischen Druck auf den Senat zu verstärken, daß die Forderungen der Flüchtlinge erfüllt werden.

Hoyerswerda ist kein Einzelfall.

Kaum 1 Jahr nach der "historischen" Stunde der Angliederung der DDR an die Bundesrepublik ist mit den Ereignissen von Hoyerswerda die Gefahr eines erstarkten Neofaschismus real spürbar geworden. Flüchtlinge und ArbeitsimigrantInnen erleben in der Bundesrepublik eine staatlich gedeckte brutale Angriffswelle. Sie sind Opfer einer jahrelang geschürten Hetze.

Hoyerswerda ist keine Ausnahme, es ist Teil einer rassistischen Verfolgung, die sich in der ganzen Bundesrepublik durch die staatliche Rückendeckung in erschreckendem Maße ausbreiten konnte.

Wie anders sind die Aussagen der Landowskis, der Schäubles, der Rühes, der Däubler-Gmelins, der Schmitz und wie sie alle heißen, zu verstehen, die nach wie vor vom "*Mißbrauch des Asylrechts*", von "*stehlenden und betrügenden Ausländern*", von "*den unangepaßten und zu lauten Fremden*", vom "*übervollen Schiff*" usw. reden. Damit legen sie die Grundsteine für die unüberschreitbare Mauer, die das "europäische Haus" gegen Flüchtlinge/ArbeitsimigrantInnen aus der sogenannten Dritten Welt absichern soll. Jetzt, nach den Überfällen von Hoyerswerda stellen

sie scheinheilig Empörung zur Schau und benutzen gleichzeitig die zunehmenden rassistischen Angriffe für die Verschärfung ihrer repressiven Asylpolitik.

Hoyerswerda und all die vielen anderen Orte zeigen, daß in der Bundesrepublik Deutschland die Politiker Flüchtlingen und ArbeitsimigrantInnen die existenziellen Menschenrechte nicht gewähren wollen. Keiner dieser WortführerInnen in der Debatte um die Verschärfung des Asylrechts hat sich an einem der Orte gezeigt und durch eine klare Verurteilung der Vorkommnisse Position bezogen. Sie beharren darauf, die Schuld an den Ausschreitungen den Flüchtlingen und ArbeitsimigrantInnen zuzuweisen. Damit fordern sie geradezu weitere Angriffe heraus, verleihen sie doch den rechtsradikalen Angreifern ein deutliches Siegesbewußtsein. Ihre Lösung für die Flüchtlinge ist verschärfte Kasernierung.

In Hoyerswerda und anderswo wird diese Flucht von den Faschisten und Teilen der Bevölkerung als Erfolg gefeiert. Wir sind uns dem Widerspruch bewußt, daß diese Fluchtbewegung den Rechtsradikalen in die Hände spielt. Da es aber innerhalb der gesellschaftlichen Kräfte in Hoyerswerda und anderswo keinen garantierten Schutz für das Leben der Flüchtlinge gibt, müssen wir die Flucht unterstützen. Gleichzeitig rufen wir dazu auf, gegen Rassismus und Faschismus auf den verschiedensten Ebenen und mit unterschiedlichsten Formen vorzugehen. Verbale Entrüstung alleine reicht nicht. So haben sich am vergangenen Sonntag bei der in Hoyerswerda stattgefundenen Demonstration im Verlauf der Route AnwohnerInnen aus der Stadt gemeinsam in die antifaschistische Demo eingereiht und den Mut gefunden, ihre Unzufriedenheit mit den Vorfällen in ihrer Stadt öffentlich kundzutun.

Die Koordination Berliner Autonomer Flüchtlingsgruppen fordert verstärkt in der aktuellen Situation ein Bleiberecht für Alle und deren menschenwürdige Unterbringung !

Spendenkonto: Sonderkto. T. Lehmann, Postgiroamt Bln,
BlZ 10010010, Kto. Nr. 198-100
Stichwort: "Bleiberecht"

Erklaerung zur Zerstoerung von Bildzeitungs-Leuchtwerbung in Essen

Seit einigen Tagen erscheint in den Leuchtreklametafeln an Haltestellen eine neue Werbung der Bild-Zeitung. Auf ihr ist ein ueberfuellter Warteraum einer Asylstelle zu sehen. Die Werbung ist untertitelt mit "Asylanten im Ruhrgebiet/ Wer soll das bezahlen?/ Wie geht es weiter?".
Diese Hetze steht in der faschistischen Tradition dsr Springer-Konzerns und der Bildzeitung als Nachfolgezeitung des Stuermers. Viele Redakteure des Stuermers schrieben nach dem Zusammenbruch des 3.Reichs fuer die Bildzeitung. Immer mehr werden in Deutschland rassistische und nationalistische Ideen hoffaehig. Nicht nur politische Randgruppen vertretten sie offen, sondern immer mehr auch die offizielle Politik. Es ist nicht mehr weit bis zum 4.Reich.
Aus Wut ueber diese Hetze des Springer-Konzerns haben wir die Scheiben von 19 dieser Werbetafeln eingeschlagen. Wir wollen militanten Widerstand leisten und uns damit nicht den vom Staat diktierten demokratischen Formalien unterordnen und solche Werbung fuer die Werbefirma unrentabel machen. Wir rufen alle zur Nachahmung in ihren Staedten auf.
Nur ein breiter Widerstand kann den Springerkonzern zwingen, diese rassistische Kampagne gegen Fremde und alle, die sich in die kapitalistische Produktionsweise nicht einbinden lassen, zu beenden.

Schliesst euch zusammen.

Macht militante Aktionen gegen die Konzerne und staatliche Institutionen.

Kommando gegen rassistische Hetze

Redebeitrag auf der Abschlußkundgebung der Demonstration in Hoyerswerda am 29.9.91

Wir stehen hier vor dem Wohnheim der mozambikanischen und vietnamesischen Arbeiter. Wir kommen zu spät: Gestern und vorgestern wurden die meisten der letzten 20 Mozambikaner abtransportiert, und nur noch 20 Vietnamesen sind übriggeblieben, bis jetzt.

Als ich vor drei Tagen hier in diesem Wohnheim war, um die Leute zu fragen, ob sie sich an der Demo beteiligen würden, sah das hier folgendermaßen aus:

- oben die zersplitterten Fenster, die Brandspuren, unten die Umzugscontainer,
- und viele Mozambikaner standen unten, mit einigen Freunden und Freundinnen aus Hoyerswerda.

Sie sagten, sie würden gerne an der Demo teilnehmen, wenn auch mit viel Angst. Und eine junge Deutsche sagte, sie würde morgen, Montag früh, in ihrer Schule zwar wegen der Demoteilnahme zusammengeschlagen, aber trotzdem wäre sie heute hier.

Die Mozambikaner sagten, sie wären sich nicht sicher, ob sie die vertraglich vereinbarte Abfindung am 8.Oktober auch kriegen. Sie sagten, sie hätten zu keinem Deutschen mehr Vertrauen, zu oft wurden sie betrogen und gedemütigt. Auf den Zeitpunkt ihres Abtransports hatten sie keinen Einfluß mehr.

Die einzigen, die von der Hatz, von dem Pogrom gegen die Mozambikaner, Angolaner und Vietnamesen profitieren werden, sind die organisierten Nazis und die Bonzen. Aber ihr, die ihr den Nazis geholfen habt, die ihr zugelassen habt, daß diese Heime eine Woche lang überfallen und angegriffen wurden, ihr, die ihr den Nazis zugeklatscht habt, ihr werdet mit der ganzen furchtbaren Hatz kein einziges eurer Probleme lösen: Eure Arbeit, eure Löhne und die Arbeitslosigkeit vieler von euch - das wird weiter miserabel bleiben, eure Mieten werden weiter steigen, und eure Stadt und die Landschaft mit den großen Braunkohlelöchern ringsum verändert sich dadurch überhaupt nicht.

Einer der geflüchteten Angolaner sagte, ihr müßt umdenken, und ich denke, wir selber sollten auch nochmal nachdenken. Wie können wir es schaffen, daß wir nächstes Mal nicht zu spät kommen, wie können wir es schaffen, daß es dieses "nächste Mal" gar nicht geben wird? Doch nur dadurch, daß wir viel stärker als bisher im Alltag eingreifen, daß wir in allen Flüchtlingslagern, aber auch auf der Arbeit, auf dem Weg dorthin, und in den Stadtteilen viel entschiedener eingreifen: Gegen Rassismus, und gegen die falschen, die faschistischen Lösungen, die in Wirklichkeit eben keine Lösung sind für uns alle, auch keine Lösung für die Probleme in Hoyerswerda.

Redebeitrag eines Angolaners, der aus Hoyerswerda vertrieben wurde, auf derselben Demo

Vier Monate haben wir in eurem Ort gewohnt, hier in Hoyerswerda, und wir haben hier keine Freundlichkeit vorgefunden. Wir wurden hier mißhandelt, das sage ich. Ihr habt uns nicht in die Diskos reingelassen, auch die Kaufhäuser habt ihr uns nicht betreten lassen. Wir wurden hier immer verfolgt, provoziert, und einige von uns wurden zusammengeschlagen und ausgeraubt.

Wir haben mitbekommen, daß es den anderen hier ebenso erging, wir kamen aus vielen verschiedenen Ländern, aus Angola, aus Vietnam. Und einer der Vietnamesen wurde brutal überfallen. Wir haben gehört, daß dieser Vietnamese an seinen Verletzungen gestorben ist.

Der Grund für all das liegt an der Einstellung vieler Leute in Hoyerswerda: Und mit dieser Einstellung werdet ihr hier nciht weiterkommen.

Wir hoffen wirklich, daß ihr eure Einstellung ändert, und ihr solltet dann ein deutliches Zeichen setzen, wenn ihr umgedacht habt. Ganz Hoyerswerda soll mitbekommen, wenn ihr bereit seid umzudenken.

Wir meinen nämlich, daß es noch immer so etwas gibt wie Würde und ein Wissen darüber, wie man in einer Gesellschaft zusammenlebt. Wir denken, daß euer Volk eigentlich Erfahrung haben müßte im menschlichen Umgang miteinander, und daß ihr das hinkriegen müßt.

Ich weiß nicht, wie ihr das Problem lösen wollt, daß ihr diese Hatz auf uns gemacht habt. Ich weiß nicht, ob ihr Spaß daran hattet, uns Flüchtlinge hier zu attackieren. Ich hoffe nur, daß ihr eure Einstellung ändert.

Es fällt schwer, angesichts der faschistischen Massenmobilisierung in der BRD die Fähigkeit des genauen Hinsehens und Untersuchens zu bewahren. Überall, nicht nur in der ehemaligen DDR, reißt die Kette der Brandanschläge gegen Flüchtlings- und Immigrantinnenheime nicht ab, kein Ort mehr, an dem die "Ausländer-raus!"-Rufe nicht auf breite Zustimmung stoßen. Wir müssen fragen: wie ist das möglich? und: was können wir dagegen tun?
So groß unser Entsetzen und unser Ekel darüber ist, daß es der faschistischen Bewegung in Hoyerswerda gelang, die Nichtdeutschen zu verteiben- es gibt keinerlei Anzeichen dafür, daß hiermit ein Höhepunkt erreicht ist.Es ist eine neue Qualität, daß in diesem Ort die Trennung zwischen organisierten FaschistInnen und BürgerInnen aufgehört hat Wir dürfen der Mythologisierung dieses Pogroms, das die FaschistInnen in ihrer Propaganda als Fanal verkaufen werden, aber nicht auf den Leim gehen. Sondern wir müssenes in der Kontinuität der faschistischen Entwickling in der BRD und der ehemaligen DDR begreifen.
In der BRD wurden Nazis und Kriegsverbrecher bis auf wenige Ausnahmen nicht verfolgt- allenfalls mußten sie ihre Karriere in einem anderen Land fortsetzen, wie Josef Schwammberger für Siemens in Argentinien,oder wie der vor ein paar Tagen leider eines natürlichchen Todes gestorbene Klaus Barbie in Bolivien. Diese aber waren Ausnahmen: vergleiche die Vielzahl der Karrieren àla Schleyer, Filbinger, v.Weizsäcker usw. in der BRD.
Auch die Nazis für´s Grobe, für die Handarbeit und den direkten Terror konnten sich mit Duldung bzw. unter Zuhilfenahme von Bundeswehr, Polizei und geheimdiensten organisieren und bewaffnen.Flog einer dieser Nazis (mir sind nur Männer bekannt) auf oder mit in die Luft wie beim XXXXXXX Anschlag auf´s Münchener Oktoberfest, so sollen es immer verblendete Einzeltäter gewesen sein, in deren Buden Waffensammlungen gefunden wurden. Treffen der ehemaligen Waffen-SS konnten in der westl. Demokratie als harmlose Wiedersehenstreffen verkauft werden, während in ehemalige KZ´s bereits neue Knäste gebaut wurden (zB. Plötzensee). Und erfolgreich wurde Mitleid erheischt mit dem ehemaligen Führerstellvertreter Heß, der als so alter Mensch noch im Knast sitzen muß, während parallel die Ausgrenzung alter Menschen in Altersheime und Kliniken gesellschaftliche Realität wurde.
Die DDR wurde durch ihre Führung (und deren AnhängerInnen) antifaschistischer Staat genannt- unter Faschismus wurde die reaktionärste und am meisten imperialistische Ideologie und Diktatur des Finanzkapitals verstanden, mit der die ArbeiterInnenbewegung niedergehalten werden soll. Diese Plattheit wurde als neue Ideologie von oben verordnet, denn es ging der Parteiherrschaft in der DDR eher darum, ihr Establishment der Führer der ArbeiterInnenbewegung aufrechtzuerhalten, als den Faschismus konsequent zu bekämpfpfen. Der Ideologie entsprechend durfte es in der DDr keine FaschistInnen geben, eine Lüge, die keine glaubte; trotzdem wurden die ersten faschistischen Übergriffe in den letzten Jahren der DDR einfach ignoriert.
Dieser Definition zufolge gibt es tatsächlich keinen Faschismus mehr. Deshalb muß Faschismus anders erklärt werden.
Die Verantwortung für den Faschismus liegt auch bei den einzelnen Menschen selber.
Eine Bewußtseinsströmung oder Bewegung wie diese läßt sich nicht begrenzen auf meinetwegen 1933-45, wie es beide deutschen Staaten in ihrer jeweiligen Ideologie vertraten.
Viel kennzeichnender hat es ein bekannter jüdischer Philosoph ausgedrückt:
"(Ich meine) wesentlich auch die Psychologie der Menschen, die so etwas tun. Ich glaube nicht, daß es viel hülfe, an ewige Werte zu appellieren, über die gerade jene, die für solche Untaten anfällig sind, nur die Achseln zucken würden; glaube auch nicht, Aufklärung darüber, welche positiven Qualitäten die verfolgten Minderheiten besitzen, könnte viel nutzen. Die Wurzeln sind in den Verfolgern zu suchen, nicht in den Opfern, die man unter den armseligsten Vorwänden hat ermorden lassen... Man muß die Mechanismen erkennen, die die Menschen so machen, daß sie solcher Taten fähig werden, muß ihnen selbst diese Mechanismen aufzeigen und zu verhindern trachten, daß sie abermals so werden, indemman ein allgemeines Bewußtsein jener Mechanismen erweckt. ...schuldig sind allein die, welche besinnungslos ihren Haß und ihre Angriffslust an...(den Ermordeten) ausgelassen haben. Solcher Besinnungslosigkeit ist entgegenzuarbeiten, die Menschen sind davon abzubringen, ohne Reflexion auf sich selbst nach außen zu schlagen." (Adorno 1966)
Die Klassenherrschaft in der BRD wie die Ex-Parteiherrschaft in der DDR haben bestimmt kein Interesse daran, Menschen zu selbstbewußtem Handeln und zur Autonomie zu erziehen. Frauen müssen sich ihre Autonomie überall und immer erkämpfen und sich ständig an einem Männerbild abarbeiten, das ihnen vorschreibt, wie sie zu sein haben. Die Ausbeutung und Unterdrückung von Frauen ist stets Grundlage des Alltags beider deutscher Staaten gewesen, die Institution Kleinfamilie ist das anschaulichste und häufigste Beispiel von Männerherrschaft über Frauen und Kinder. Sehen wir uns hier um und an,unter welchen Bedingungen, mit welchen Leistungskriterien, mit welcher Entfremdung und Einsamkeit Menschen hier wie dort zu leben gezwungen sind. Arbeiten dafür, in einer miesen Betonschachtel zu wohnen, Auto und Glotze zu haben. Zwangsheterosexualität. Ehe und Kinder als Normales "Muß". Konsum von unnützer Scheiße und verdummenden Zeitungen, von Alkohol und Drogen als Ausgleich für Langeweile, Sinnleere und fehlender Selbstbestimmung. Vorwärtskommen durch Gewalt gegen Schwächere. Knast- und Psychiatrieandrohung, wenn Menschen versuchen, hier auszubrechen, also selbstverantwortlich handeln wollen.
Den FaschistInnen geht es nicht darum, diese Struktur von Führung und Fußvolk, diese institutionalisierte Lebensfeindlichkeit zu ändern, sondern sie wollen sich darin einnisten und sie noch stärker festschreiben. Sie machen ihr Geschäft mit zerstörten und angegriffenen Menschen, denen sie zeigen wollen, wo´s langgeht- kein Wunder, denn damit wollen sie sich Plätze in den höheren Rängen der Leistungsgesellschaft sichern, sie wollen Macht über andere ausüben.
Die FaschistInnen bieten den Menschen, denen die Erziehung zur Selbstständigkeit stets verweigert wurde, konkrete Scheinlösungen an, die die Situation der Gefolgschaft aber nicht verbessern. Aber sie geben jeder einen scheinbaren Platz, als Deutsche, als Hausfrau, z.B., und zeigen Möglichkeiten zum Abreagieren und zum Teilhaben an der Herrschaft über andere Menschen. Je größer die Sinnleere von Leuten, umso größer ist ihre Bereitschaft, da mitzumachen.
Ohne das Hochkochen deutschen Volkswillens gegen Nichtdeutsche kämen die Herrschenden längst nicht so weit bei der Abschottung der Metropole EG. Die deutsche Rassismusoffensive ist ergänzender Baustein der BRD/EG-Asylpolitik und geht mit der Gesetzgebung gegen AusländerInnen Hand in Hand. Sie schafft das Gewohnheitsrecht, das die Behörden zum Verteiben und Ermorden von Flüchtlingen und ArbeitsimmigrantInnen brauchen. Deshalb

reden die Politiker aller großen Parteien davon, den Deutschen dürfe nicht noch mehr zugemutet werden, Statt gegen die FaschistInnen vorzugehen. Ihrer zur Schau gestellten Betroffenheit über die Mordanschläge steht ihre praktische Duldung derselben und die Errichtung umzäunter Lager gegen AusländerInnen gegenüber.
Wir Linken haben das Herrschaftsmärchen der faschistischen Einzeltäter oft genug mitgetragen. Die Zahl der FaschistInnen haben wir zu lange verharmlost, Ihre Killerausbildung zu lange verniedlicht, und wir haben ihre Verbindungen mit Establishment und gesellschaftlichen Institutionen zu lange als Verschwörungstheorie wahrgenommen.

Heute sind wir nach Hoyerswerda gekommen, um gegen die Auswüchse des Rassismus zu protestieren und der Bevölkerung, die stillschweigend das Pogrom mitgetragen hat, zu s agen, wie sehr uns ihr verantwortungsloses Verhalten ankotzt.(Gelegenheit dazu ist in dieser tristen Siedlung genug vorhanden!). Die Demo hier kann nur ein Anfang sein, unsere eigene Defensive zu durchbrechen. Linksradikale Lippenbekenntnisse und Widerstandskoketterie reichen nicht mehr aus. Die Gewalt von oben nach unten ist so massiv und so offensichtlich geworden, daß die auch in der Linken verbreitete Ideologie der Gewaltlosigkeit nur noch von Leuten getragen werden kann, die davon nicht berührt werden oder davon profitieren! Wundern wir uns nicht, daß immer mehr Jugendliche zu den Nazis rennen oder harte Drogen nehmen, denn wir bieten ihnen nichts anderes Glaubwürdiges an. Wir, die im Moment noch fein raus sind, wenn wir unsere Situation mit der der meisten Leute vergleichen.
Zeigen wir, daß es möglich ist, Widerstand gegen Herrschaft zu leisten und mit den AusländerInnen solidarisch zu sein! Es gibt viele Möglichkeiten, die Angriffe gegen die AusländerInnenbehörden dürfen nicht die einzigen Aktionen bleiben. Macht Kundgebungen dort, verhindert massenhaft die Abschiebungen, reagiert mit Straßenblockaden und Schulstreiks auf die faschistischen Brandanschläge.
Und findet raus, wo die Nazi-Führer sind, verfolgt und bestraft sie, damit sie ihre menschenverachtende Ideologie nicht weiter verbreiten und die Herrschaft hier nicht verschärfen können. Verfahrt genauso mit den Medienverbrechern, die Ängste und Vorurteile in der bevölkerung verstärken. Nehmen wir Kontakt zu den Heimen und Lagern auf, in denen die AusländerInnen wohnen müssen, helfen wir ihnen bei der Organisierung von Widerstand.

Hoch die internationale Solidarität!

Leute, ihr sollt auch was von unserer Dummheit haben!

Wir waren ganz schön blöd: Der Konvoi nach Hoyerswerda fuhr uns einfach zu früh los, und in Bezug auf Faschos auf dem Weg zur Demo haben wir uns schlicht keine Gedanken gemacht, wir waren eher schon auf eine Bullenkontrolle eingestellt.
Kurz vor Spremberg, einer fast schon toten Kleinstadt ca 20 km vor Hoyerswerda wurden wir eines Schlechteren belehrt: zwei vollbesetzte Autos, die in einer Schneise am Waldrand gewartet hatten, starteten, als wir mit unserem Berliner VW-Bus vorbeikamen. Eins überholte, das andere fuhr hinter uns her. Zunächst diskutierten wir noch, ob sie andere Demonstranten seien (es waren lauter jüngere Männer), zumal der Fahrer aus dem hinteren Auto eher südländisch aussah. Als wir aber, unsicher geworden, im Ort an einer Tankstelle anhielten, um sie an uns vorbeiziehen zu lassen, wurden ihre Absichten klar: Sie hielten auch, zwei sprangen aus dem Auto, einer zog sich eine Haßkappe über und versuchte Tränengas in unseren Wagen zu sprühen, der andere hatte eine Stange in der Hand. All das mitten im Ort, an einer Tankstelle mit anderen Autos, Menschen. Durch einen schnellen Start (ein Lob unserem Fahrer) kamen wir weg, bevor sie das Auto entern konnten.
Übrig bleiben der Schreck, die Wut und folgende gute Vorsätze:
- zukünftig, wenn irgend möglich, mit anderen zusammen zu fahren
- im Auto selbst miteinander vorher über das Verhalten in einer solchen Situation zu reden
- auf der Strecke aufmerksamer zu sein und sich auch mal Autonummern zu merken, wenn uns was komisch vorkommt
- und der extra-gute Vorsatz: Muckis trainieren!

BETONKÖPFE AUF RACHEFELDZUG

Anmerkungen zur Hoyerswerda-Demo

Hoyerswerda, Sonntag, 29.9., 14 Uhr. Wir laufen alle zur Thomas-Müntzer Straße. Wir sind viele und die Stimmung ist gut. Erste BGS-Sperre, ungeheuerliche Provokation. Es wird verhandelt, viele sprühen und plakatieren. Die Stimmung ist (noch) gut. Am Rande filmt ein Kameramann; Mehrere äußerst martialisch Aussehende gehen auf ihn zu, sie fordern ihn auf aufzuhören, schlagen ihn mit dem Stativ brutal zusammen, bis der Mann blutüberströmt am Boden liegt. Sie nehmen die Kamera, und weil sie offensichtlich nicht in der Lage sind, den richtigen Knopf (Eject!) zu finden, zertrümmern sie sie und ziehen schließlich das Band raus. Das ganze ereignet sich ziemlich schnell und viele reagieren leider zu spät. Einige Frauen laufen dem Schlägertrupp hinterher, sie wollen ihnen klarmachen, daß es so nicht geht. Absolut unmöglich, mit denen zu reden. Die Frauen wurden nur angepißt und bedroht.
Kurz danach, ähnliche Szene: Gehwegplatten werden ausgebuddelt, was die allgemeine Stimmung zum Kochen bringt: einige DemoteilnehmerInnen versuchen mit den Typen zu sprechen, dieam Ausbuddeln sind, und es kommt zur Schlägerei. Einige Demoteilnehmer werden von den immer martialischer Auftretenden erst verbal, dann physisch angegriffen. Ein Mann wird von den Sanis mit Mühe verletzt davongetragen.
Noch ein Versuch, mit diesen Betonköpfen zu sprechen, scheitert an ihrer Aggressivität und Stumpfheit, wir werden mit "Ihr Schweine" beschimpft. Sie ziehen weiter. Viele sind von deren Verhalten total entsetzt und mehrere fahren wieder nach Hause. Im Laufe des Nachmittags ereignen sich mehrere derartige Vorfälle: Demoteilnehmer werden geschlagen, und zwar nicht etwa von Faschos oder Bullen, nein, da sind die Betonköpfe wieder in Aktion (hinter meiner Hassskappfe bin ich ein Löwe). Eine falsche (oder richtige) Bemerkung reicht, und schon schlagen sie dich zusammen. Mir fällt sehr schwer, weiter darüber zu schreiben, weil ich total wütend bin. Sie haben uns eingeschüchtert, wie sie es mit Faschos hätten machen können. Aber von Faschos war weit und breit keine Spur zu sehen. Ich weiß nicht, was da durch ihre Köpfe ging, jedenfalls sah es so aus, als hätten sie für die Gelegenheit ihre Gehirne ausgeschaltet, bei denen haben anscheinend nur Hände, Füße und Knüppel weiter funktioniert. Das Objekt der Begierde (die Faschos) war nicht da, sie haben sich also andere Zielpunkte geschaffen, d.h. AntifaschistInnen (Hauptsache, draufhauen). Ihr verantwortungsloses, unsolidarisches Verhalten hat viele DemoteilnehmerInnen maßlos wütend gemacht, viele sind frustriert abgehauen; gegen 1/4 vor 5 war die allgemeine Stimmung äußerst mies. Wir wurden immer weniger, **und das lag nicht nur am BGS.** Dank der guten Verhandlungstaktik konnte die Demo doch durchgesetzt werden, und so fiel uns allen ein Stein vom Herzen.
Trotzdem: wir waren alle da, um gegen Rassismus und Faschismus zu demonstrieren, es war allen klar, daß wir keine faschistische Provokation dulden werden, aber auch, daß Hoyerswerda nicht aus 70 000 Faschos besteht. Es war für uns total wichtig, die Leute, die gegen die Faschoangriffe waren, zu unterstützen und zu ermutigen. Viele Menschen in Hoyerswerda, die vielleicht nicht mit dem Nazi-Terror einverstanden sind, werden sich gewundert haben, wie bestimmte Teile der Antifa-Auftritte eine beunruhigende Ähnlichkeit mit der der Faschos letzte Woche hatten. Und es stimmt, diese wenigen Betonköpfe haben willkürlich um sich herumgeschlagen, genauso, und das sage ich klipp und klar, **wie ich es sonst von Nazis kenne.** Ihre Argumente waren ihre Knüppel, wenn die meisten DemoteilnehmerInnen nicht vernünftig gehandelt hätten, hätte es zu einer Massenschlägerei kommen können, und ja, da hätten sich Faschos, Bullen, PolitikerInnen und Medien die Hände gerieben: AntifaschistInnen, die sich untereinander schlagen.
Ich will nicht mit solchen fascho-ähnlichen Auftritten in einen Hut gesteckt werden, ich möchte mit solchen Betonköpfen nicht in Verbindung gebracht werden. Und wenn wir sie als Teil der Antifa-Bewegung betrachten, dann haben wir was falsch gemacht: wenn Menschen nicht (mehr) in

der Lage sind, politisch zu diskutieren und die Knüppel ihre einzigen Argumente werden, dann müssen sie politisch isoliert werden. So was wie Sonntag in Hoyerswerda darf nicht wieder passieren. Wir brauchen jetzt klare politische Konzepte und nicht eine solche stumpfe Schlägertrupp-Mentalität. Ich möchte nie wieder erleben, daß einer von uns ins Krankenhaus gebracht wird, weil er gewagt hat zu sagen, daß er es scheiße findet, wenn Steine aus der sechsten Reihe fliegen. Das ist in Hoyerswerda am Sonntag mitunter auch passiert. Und zu argumentieren, daß die Betonköpfe doch ganz gut sind, wenn es ums Nazi-Klatschen geht, ist mir zu riskant, dann hieße es, eine ganze Menge rechtfertigen zu müssen, was diese Idioten veranstalten. Dazu bin ich nicht bereit. Und ihr?

Eine wütende, angeekelte, stinksaure ausländische Genossin



Gegen Springers Ausländerhetze

Etwa 500 Menschen haben am Samstag vor dem Gebäude des Axel-Springer-Konzerns in Berlin demonstriert. Anlaß der Kundgebung waren die wiederholten Übergriffe auf Ausländerwohn- und Asylbewerberheime in Deutschland und die „Hetze gegen Asylbewerber durch die Springer-Presse", so die Veranstalter. Aufgerufen zu der Demonstration hatte ein Verein, in dem sich ausländische Frauen zusammengeschlossen haben. Der Protest richtete sich insbesondere gegen die 'Bild'-Zeitung, die unter dem Titel „Wer soll das bezahlen?" in einer Serie über „Scheinasylanten" berichtet und dabei den Eindruck erweckt, als drohe Deutschland von Asylsuchenden überfallen zu werden. Für die Serie war unter anderem großflächig an Bushaltestellen geworben worden.

Foto: Marco Limburg/G.A.F.F.



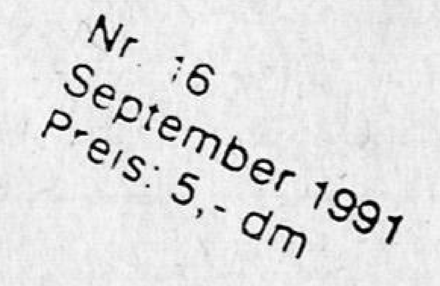


anarchistisches magazin

aus Münster



SONDERNUMMER
RASSISMUS



Bestelladresse:
PROJEKTil, c/o unrast, Querstr.2, 44 Münster

Die Sondernummer kostet 5,-DM (zzgl. 1,- Porto); ein ABO kostet 35,- für 10 Ausgaben.

Vietnamesen nach Polen?

(Das Folgende ist die Zusammenfassung eines Artikels aus der polnischen Wochenzeitschrift POLITYKA, vom 23. März 1987. Die deutsche Übersetzung basiert auf einer englischen in der International Labour Revue.)

"Während meines letzten Aufenthalts in Vietnam hatte ich Gelegenheit, die Arbeitsmarktsituation des Landes zu untersuchen. Nach den offiziellen Daten des Jugendinstituts der Sozialistischen Republik Vietnam sind etwa zwei Millionen Menschen arbeitslos (inoffizielle Schätzungen liegen sehr viel höher). Angesichts des hohen Bevölkerungswachstums und der ökonomischen Schwierigkeiten des Landes ist es sehr unwahrscheinlich, daß sich das Problem der Arbeitslosigkeit innerhalb der nächsten Jahre leicht lösen läßt. Daher unterstützen die vietnamesischen Behörden in dieser Situation jede Form des Arbeitskraftexports in Comecon-Länder.

Zusammen mit Kuba ist Vietnam die Hauptquelle überschüssiger Arbeit im Comecon. Es ist daher eine vernünftige Überlegung, daß diese Überschüsse von Ländern wie Polen genutzt werden, die von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind.

In den Comecon-Ländern befinden sich bereits etwa 200 000 vietnamesische Arbeitskräfte. Sie werden in der UdSSR (hauptsächlich im Baugewerbe), in der Tschechoslowakei, Bulgarien und der Deutschen Demokratischen Republik beschäftigt. Die DDR wird die Beschäftigung von Vietnamesen dieses Jahr um weitere 17 000 Personen erhöhen. Die Tschechoslowakei hat um einige tausend zusätzliche Arbeitskräfte nachgefragt. Wir sind die einzigen, die diese Chance bisher nicht wahrgenommen haben.

Wir wollen zunächst die Gegenargumente prüfen. Erstens ist für manche allein die Vorstellung von Gastarbeitern etwas prinzipiell Negatives und unserer Gesellschaftsform Fremdes. Es ist schwierig, sich mit solchen Positionen auseinanderzusetzen, weil das schematische Denken die Diskussion der eigentlichen Probleme blockiert.

Zweitens wird sicher das Argument kommen, daß sich die Menschen nur schwer an das kalte Klima und die neue Umgebung anpassen werden, da sie unter völlig anderen Lebensbedingungen aufgewachsen sind. Aber wenn Vietnamesen in Smolensk <in der UdSSR> ausgezeichnete Arbeit leisten, warum sollten sie das dann nicht auch in Polen tun? ...

Drittens sei es sehr teuer für uns. Aber das ist ein Mißverständnis. Es handelt sich hier um die direkte Beschäftigung und nicht um den Import von Dienstleistungen, die wir in ausländischen Währungen bezahlen müssen. In anderen Comecon-Ländern erhalten die vietnamesischen Arbeiter ihre Löhne ausschließlich in der Landeswährung und dürfen nichts davon nach Hause schicken.

Viertens werden Zweifel geäußert, ob die Vietnamesen über entsprechende Fähigkeiten verfügen. Diese Frage läßt sich bereits beantworten, da einige Vietnamesen in Lublin bei der Restaurierung historischer Gebäude arbeiten. Es stellte sich heraus, daß die vietnamesischen Arbeiter nach einer dreimonatigen Einarbeitungsphase mit unseren Arbeitern mithalten und im allgemeinen über einen sehr pflichtbewußten Charakter verfügen.

Ohne jedes Risiko können 2-300 000 vietnamesische Arbeiter in dieses Land importiert werden. Sie könnten vorrangig in solchen Bereichen arbeiten, in denen keine besonderen Fähigkeiten erforderlich sind und in denen wir am stärksten vom Mangel an Arbeit<skraft> betroffen sind. Solche Bereiche sind die kommunalen Dienstleistungen, das Baugewerbe, Textil- und selbst Schwerindustrie und der Bergbau. Meiner Ansicht nach würde eine Spritze von einigen 100 000 zusätzlichen Arbeitern mit relativ geringen Ansprüchen und der Bereitschaft, jeden Job anzunehmen, bedeutsam zur Lösung der Probleme in diesen Branchen beitragen.

Vor allem würden wir schließlich zu einem normalen Arbeitsmarkt kommen, der uns die Durchführung einer vernünftigen Politik ermöglicht. Unabhängig davon könnten ausländische Arbeiter vorwiegend in den Bereichen beschäftigt werden, in denen die Arbeit als nicht besonders attraktiv gilt. Die Erfahrungen in anderen Comecon-Ländern deuten darauf hin, daß die vietnamesischen Arbeiter mit den ihrem Ausbildungsgrad entsprechenden Löhnen zufrieden sind. Entsprechend der vietnamesischen Gesetze reisen sie ohne ihre Familien ein. Es ist daher nicht nötig, ihnen Familien-Beihilfen zu zahlen, und sie können in Arbeiterwohnheimen usw. untergebracht werden. Für sie bedeutet schon die bloße Tatsache, daß sie einen Arbeitsplatz außerhalb ihres Landes bekommen, ein berufliches Vorwärtskommen. Ihre Bedürfnisse und Ansprüche sind in der Regel sehr viel eingeschränkter als die der polnischen Arbeiter. Die vietnamesischen Arbeiter werden nicht die Wartelisten für Wohnungen verlängern. Im Gegenteil, sie werden diese Wohnungen bauen.

Das hier entworfene Bild vom Import einiger hunderttausend vietnamesischer Arbeiter (und möglicherweise auch kubanischer Arbeiter usw.) nach Polen ist keine Utopie. Es ist eine realistische Möglichkeit. Wenn wir zu langen warten, werden natürlich andere Länder sie zuerst bekommen. Wir sollten versuchen, diese Möglichkeit zu nutzen. Vor einiger Zeit erreichte Westeuropa sehr viel, indem es Millionen von ausländischen Arbeitern importierte. Heute steht Westeuropa dadurch natürlich vor einigen Problemen. Aber diese Länder können ohne sie heute nicht mehr überleben. Wir gehen ein sehr viel geringeres Risiko ein, da wir die Gastarbeiter nicht auf Dauer, sondern nur für eine sogenannte Kontrakt-Phase importieren (was auch durch die vietnamesischen Regelungen abgedeckt ist)."

Rassismus und deutsche Linke

Der folgende Text enthält eine ganze Reihe unbequemer Wahrheiten über uns als deutsche Linke, die sich mit ihrem Nicht-Deutsch-sein-Wollen oftmals nicht nur jeglichem Nationalismus sondern auch Rassismus fern glaubt. Unsere dergestalt reduktionistische Sichtweise macht uns nicht nur blind für die Wahrnehmung unserer Privilegien (selbst, wenn auch wir von Arbeitslosigkeit oder Wohnungsnot betroffen sind), sondern macht uns auch noch Glauben, einen gemeinsamen Kampf mit AusländerInnen zu führen. So unangenehm es uns linken Männern ist, von Frauen als Täter begriffen zu werden, so unangenehm ist es uns als deutsche Linke von AusländerInnen als TäterInnen gesehen zu werden. Die Vehemenz mit der wir uns als genauso unterdrückt begreifen und alles in einen Topf schmeißen beweist letztlich nur, wie wenig wir dazu bereit sind über uns nachzudenken. Dabei geht es sicherlich nicht darum mit einem schlechten Gewissen beladen, unfähig sich überhaupt noch zu verhalten, durch die Gegend zu rennen. Im Gegenteil: das Bewußtsein unserer Privilegiertheit und unseres Eurozentrismus ist wohl die einzige Möglichkeit zu Formen der Solidarität zu kommen, die nicht nur dazu dienen uns und anderen etwas beweisen zu wollen, sondern aus der auch eine Veränderung der Verhältnisse möglich wird.

PROJEKTil

Wir erleben zur Zeit die Auslöschung der sogenannten sozialistischen Staaten, weltweite nationale Bewegungen, auch in sozialistischen Staaten, Kampf überall gegen nationale und rassistische Unterdrückung und Ausbeutung.

Wir erleben, wie die imperialistische Macht sich verstärkt und immer bedrohlicher wird.

Wir erleben den Mauerfall, die Annexion der DDR und gleichzeitig die Errichtung einer neuen Mauer um Europa.

Wir erleben den großdeutschen Nationalwahn, eine unmögliche antikommunistische Stimmung, Entdemokratisierung und Hierarchisierung der Gesellschaft, zunehmende Angriffe gegen Nicht-Deutsche, Schwarze, Nicht-Leistungsfähige.

Und wir erleben traurig und wütend, wie die Linke in dieser Großdeutschland-Stimmung in der Reihe tanzt, sich anpaßt und mitmacht.

Die Gefahr des wachsenden Rassismus wird vor dem Hintergrund der deutsch-deutschen Vereinigung extrem vernachlässigt und in ihrer bedrohlichen Bedeutung für breite Teile der Bevölkerung heruntergespielt.

Der Alltag von uns Nicht-Deutschen und Schwarzen ist jetzt von Existenzangst geprägt. Wir sind und bleiben die Hauptopfer der großdeutschen Politik.

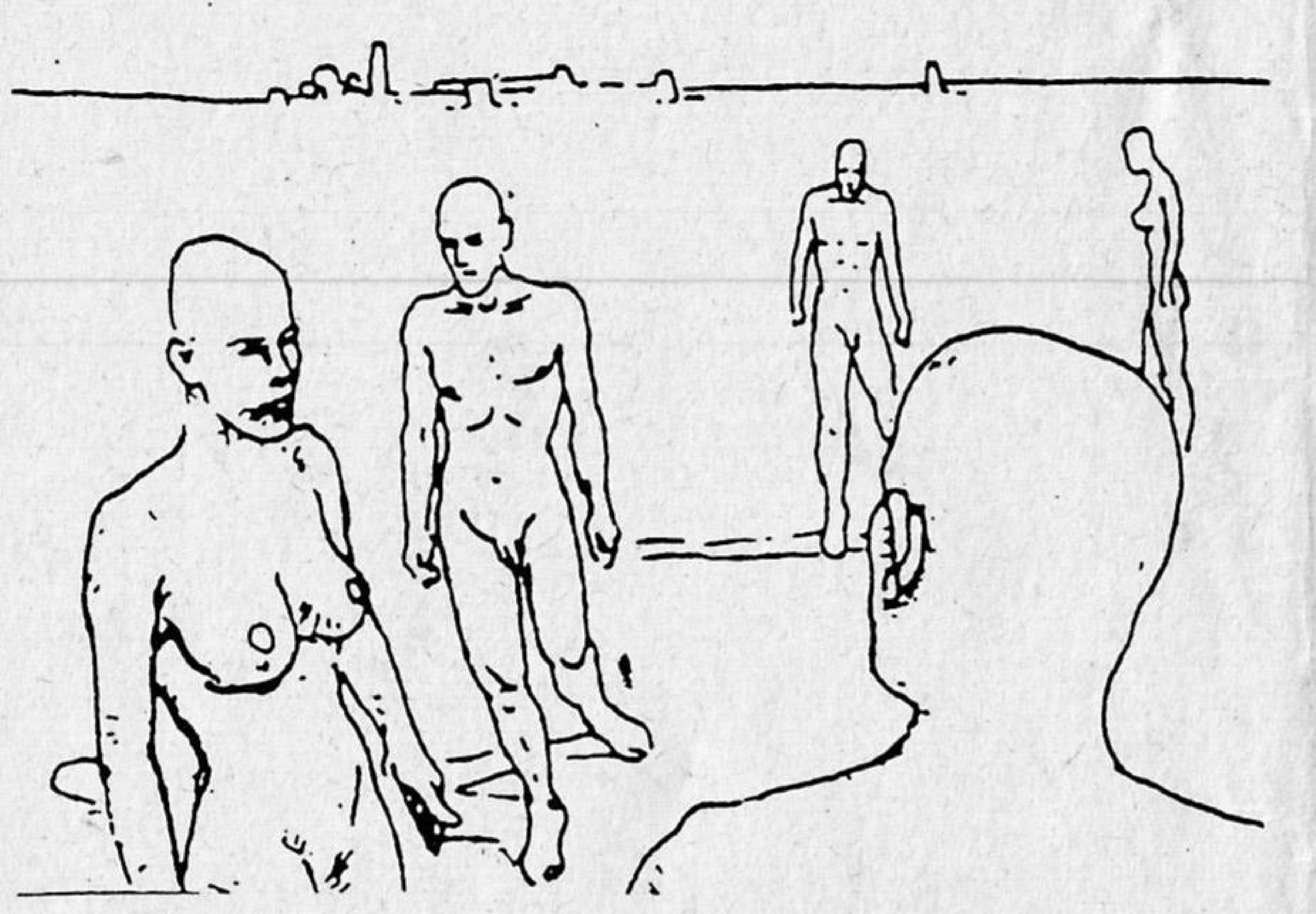
Nun "zum Nicht-Verhalten der Linken zu diesem deutschen Problem":

Warum sollten sie sich dazu verhalten? Niemand aus der deutschen Linken bekennt sich dazu, daß er oder sie DeutscheR ist - linke Deutsche sind einfach internationalistisch. Sie sind aber auch nicht selbst betroffen. "Ausländerpolitik" wird hier bei Linken nur als ein Instrument gegen die politischen Gegner benutzt, ist aber nie ein wichtiger Bestandteil linker Politik gewesen (einige Linke begründen sogar den Wahlboykott damit, daß die "AusländerInnen" kein Wahlrecht haben. Sie wollen sich mit uns solidarisieren ...).

Das Nicht-Deutsch-sein-Wollen der deutschen Linken hat sehr viel mit ihren Schwierigkeiten mit der deutschen Geschichte, mit Verleugnung und Ablehnung der Verantwortung zu tun. Aber haben sie bedacht, daß die deutsche Geschichte nicht 1933 begann und auch nicht 1945 endete, was gerade jetzt täglich mehr als klar wird? Der zweite Grund für die Ablehnung des Deutsch-seins ist, denke ich, die theoretische Bestimmung von "Nation" und "nationaler Zugehörigkeit", sowie sie der Sozialismus europäischer (und vielleicht eurozentristischer?) Prägung vornimmt. "Nation" wird dort mit dem kapitalistischen Staat gleichgesetzt, und folglich erscheint der Bezug auf nationale Zugehörigkeit gleich als Identifikation mit dem kapitalistischen Staat und wird deswegen von der deutschen Linken abgelehnt. Wenn wir uns z.B. als türkische Frauen (oder ghanesische Frauen usw.) organisieren, trifft uns von den deutschen linken Frauen der Vorwurf des Nationalismus, Seperatismus oder Spaltertums. Sie, die sich einfach als Internationalistinnen verstehen, konstruieren eine Interessenidentität, die es so nicht gibt, denn wir sind vom Rassismus betroffen, nicht sie.

Für eine linke Asyl- und ImmigrantInnenpolitik ist es notwendig mit der idealistischen Gleichmacherei aufzuhören, die den Rassismus verleugnet.

Die Anerkennung der Unterschiede ist wichtig, um eine gemeinsame Politik zu entwickeln.

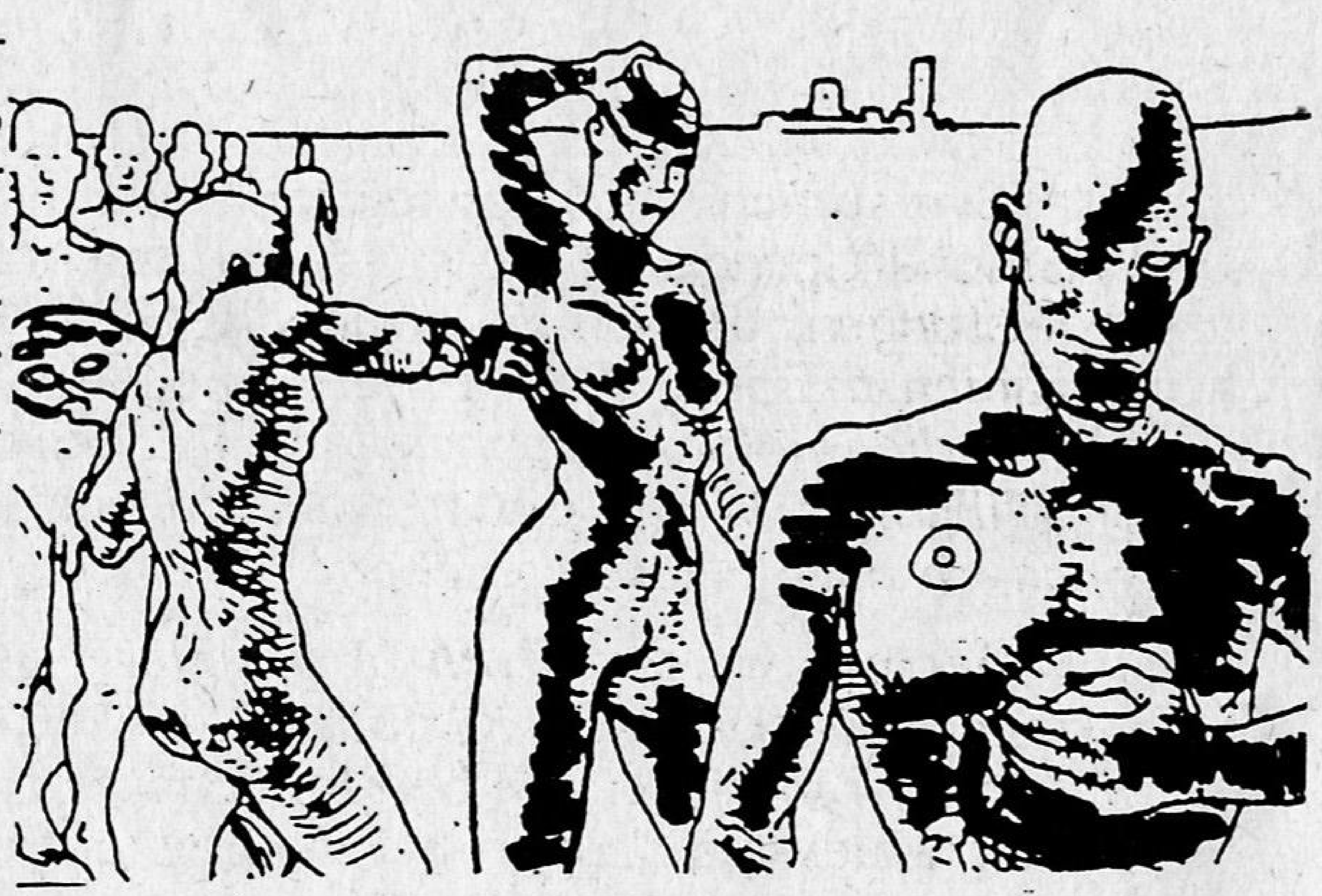


Dafür ist es uns egal, wie die einheimische Linke sich selbst sehen möchte, wir sehen sie als Deutsche.

Deutsch zu sein, daß heißt, zu dem kleinen Teil der Menschheit zu gehören, der den größten Teil dieser Menschheit seit Jahrhunderten kolonialisiert hat, unterdrückt, ausbeutet, auf vielfältige Weise ethnisch, kuturell oder ganz real zu vernichten sucht.

Deutsch zu sein heißt, in einer hochtechnisierten Überflußgesellschaft zu leben, die ihren geradezu perversen Reichtum aus dem Blut und aus den Knochen der unterdrückten Völker preßt.

Deutsch zu sein bedeutet, eine große, helle Wohnung zu haben,



(manchmal auch 100qm pro Person) mit fließend warmem Wasser und Strom, mit Kanalisation, Telefon, Radio, Fernseher, ein Auto zu besitzen, noch nie im Leben gehungert zu haben, keinen wirklichen Mangel zu kennen, Anspruch zu haben auf medizinische und Altersversorgung.

Deutsch zu sein heißt auch gelernt zu haben, daß die Normen, Werte, Erfahrungen, Wissen, gesellschaftliche Konzepte (auch die alternativen) der sog. "zivilisierten" Gesellschadt und Kultur jeglichen Normen, Werten und Erfahrungen anderer Ethnien überlegen seinen und diese anderen dazu gezwungen werden müßten, sich an diese Maßstäbe anzupassen.

Deutsch zu sein heißt, nie erlebt zu haben, von anderen einfach nur aufgrund des Aussehens angespuckt, beleidigt, verachtet, lächerlich gemacht, übersehen und negiert und dadurch in der eigenen Existenz vernichtet zu werden.

Deutsch zu sein bedeutet, mitzuprofitieren von Billiglöhnen, Rohstoffraub, von Profiten deutscher Unternehmer aus Diktaturen, die mit Hilfe der dazugelieferten Weißen, die westliche Vorherrschaft blutig erhalten helfen, mitzuprofitieren von Hunger, Krankheit, Elend und Tod unzähliger Menschen täglich.

Deutsch zu sein heißt auch, einen deutschen Paß zu haben und damit eine "Dauer-Eintrittskarte" in die gehobene Gesellschaft Groß-BRD und Westeuropa. Einen deutschen Paß zu haben bedeutet, sich mit bestimmten grundlegenden existenziellen Fragen nicht abgeben zu müssen, wie z.B. hier leben zu dürfen oder ausgewiesen zu werden, keine staatlichen Gelder in Anspruch zu nehmen, besser den Mund zu halten, nicht auf die nächste Demo zu gehen, ein Kind zuviel zu bekommen.

Deutsch zu sein heißt kurz, mitzuprofitieren von Rassismus.

Wer jetzt eine "massenfreundliche" Politik im ImmigrantInnen- und Asylbereich machen will, hat nur Pech. Die Menschen in der sog. "Dritten Welt" haben begonnen, Widerstand zu leisten. Sie sind nicht mehr bereit, in Armut, Elend, Krieg und Verfolgung zu leben. Sie wandern aus - allmählich auch in die europäischen Länder, um sich das zurückzuholen, was ihnen gestohlen wurde. Das ist ein Interessensgegensatz zu der deutschen Bevölkerung hier. Wer eine Asyl- und ImmigrantInnenpolitik auf angebliche gemeinsame "Betroffenheit" gründen will, muß leider sehen, daß so eine Politik hier keine Perspektiven hat. Die Linken müssen damit aufhören, ihre Haltung zu Asylpolitik abhängig zu machen von Lösungsmöglichkeiten zu sozialen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. und damit auch, die wichtige Forderung der "offenen Grenzen für Alle" der Stimmung in der deutschen Bevölkerung zu opfern.

Es ist nicht unsere Aufgabe, uns Gedanken zu machen, wie diese gesellschaftliche Ordnung und ihr "Wohlstand" zu erhalten sind. Unsere Aufgabe ist wirklich, "daß wir die Menschen überzeugen, daß dieses Deutschland nicht mitgestaltet, sondern bekämpft gehört." Sich anzupassen, sich mit dem Staat zu identifizieren, ist eine gefährliche Krankheit der Linken geworden.

Der Rassismus darf nicht mehr als einer sozialistischen Gesellschaft zu definieren. Damit wird der Kolonialismus verharmlost, z.T. sogar auch begrüßt. (Es gibt heute bestimmt auch viele Linke, die heimlich oder offen den Sturz Saddams begrüßen würden.)

Wir brauchen auch eine neue Formulierung des Internationalismus, die erkennen soll, daß der Internationalismus eine grundlegende Dimension sozialer Emanzipation ist. Wenn wir in Zukunft von Internationalismus reden, müssen wir nicht nur gegen die Weltwirtschaftsordnung angehen, sondern auch gegen den Rassismus. Im Kampf gegen den Imperialismus müssen wir den Zusammenhang zwischen Patriarchat und Imperialismus als einen sehr wichtigen politischen Aspekt be-



ein psychologisches oder pädagogisches Phänomen betrachtet werden, denn er muß in der linken Politik zum Thema gemacht werden. Der Rassismus ist weltweit ein fester Bestandteil kapitalistisch-imperialistischer Strukturen geworden.

Nun stehen wir als Menschen mit der Utopie einer Gesellschaft ohne klassenmäßige, rassistische und geschlechtliche Unterdrückung vor einem historischen Moment. Für neue politische Ansätze müssen wir uns viel stärker als bisher auseinandersetzen, anstatt Utopien ganz aufzugeben.

Das heißt:

Es reicht nicht aus, die Fehler bei der praktischen Umsetzung von Realsozialismus zu kritisieren, sondern die Theorien und Praktiken dess Sozialismus müssen unter dem Blickwinkel Rassismus und Eurozentrismus unter die Lupe genommen werden.

Alle universellen Theorien mit Betrachtung der unterschiedlichen Erfahrungen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen müssen neu geprüft und vielleicht abgeschafft werden, wie z.B. die "Theorie" den Kapitalismus als eine notwendige Vorstufe zu

tonen. Wieso gibt es auf dem Land in der "Dritten Welt" nicht stärkeren Widerstand gegen die Kreditpolitik, sondern werden im Gegenteil nur Forderungen nach noch mehr Krediten erhoben? Welche Rolle spielt die sexistische Arbeitsteilung in dieser Entwicklung? Die Subsistenzproduktion, das heißt die Arbeit für den eigenen Konsum wird immer mehr als "weibliche" Arbeit verachtet. Die imperialistische männliche Warenproduktion beherrscht, und das Geld zerstört die Subsistenzproduktion, die wirtschaftliche Gleichberechtigung der Frau in der Landwirtschaft und macht die Frauen zu Hausfrauen.

Frauen leisten zwei Drittel der Arbeit auf dieser Welt, sie erhalten 10% aller Einkommen und besitzen nur ein Prozent der Produktionsmittel. Imperialismus feminisiert die Armut überall. Und der antiimperialistische Kampf braucht feministische Ansätz sehr notwendig.

Kadriye Baksi

Auf der Suche nach einen Text, der die hektischen Aktivitäten der Szene in Sachen antirassistischer Politik ein wenig unterfüttern könnte, sind wir auf den fogenden Aufsatz aus der PROJEKTIL gestoßen. Wir haben ihn hier wiedergegeben, obwohl er teil weise recht verwirrend geschrieben ist.
Zwischen ideoogischen Allgemeinbeschreibungen und materialistischer Untersuchung schwankend werden die Ursachen für Migration bzw. Vertreibung nur sehr bruchstückhaft beschrieben. Die Kämpfe von Frauen, von ArbeiterInnen und von der Massenarmut in der Peripherie haben Massenwanderungen als Kapitalstrategie, aber auch als Kampfform von untern erst entstehen lassen. Im Text wird staatliche rassistische Politik vorallem als ein Maßnahmenbündel mit diskriminierender Wirkung beschrieben und nicht als ein wohld osiertes Steuern zwischen Verwertung und Vernichtung.
Die Subjektivität der in Bewegung gesetzten Menschen, sowohl in ihren Herkunftsländern als auch hier bleibt unsichtbar. Ihr Widerstand und ihre Kämpfe sind somit für uns als Bezugspunkt nicht greifbar.
Innerhalb der gegewärtigen Aktivitäten und Diskussionen finden wir den Text aber durchaus lesenswert.

Die ökonomischen Bedingungen der Rassismen

Die Bedeutung und Innenwirkung rassistischer Positionen in der BRD

A. Psychologisch betrachtet haben Rassismen ihre Wurzeln in der Xenophobie, der "Angst vor dem Fremden". Das ist richtig, doch muß davor gewarnt werden, bürgerlichen PsychologInnen auf den Leim zu gehen, die diese Möglichkeit zu einer entpolitisierten Analyse des Rassismus nutzen und Konzepte einer "multikulturellen Gesellschaft" entwerfen, welche im Kern nicht minder rassistisch sind als die imperialistischen Angriffe auf das Leben der Trikont-Bevölkerung, da sie eine Abgrenzung schaffen, die - rhetorisch geschickt - nicht mehr "rassisches", sondern kulturelles künstlich voneinander trennt, um es anschließend in genehmer Weise wieder zusammenzusetzen, und also das als Angenehm empfundene aus "exotischen" (welch anmaßender Begriff...) Kulturen zu extrahieren und für die Steigerung des Wohlbefindens in der Metropole nutzbar zu machen - würden die italienischen Menschen auf ihre Spaghetti verzichten, wäre das auch ein herber Verlust für die MetropolitanerInnen in Frankfurt oder Berlin; und das Kennenlernen einer neuen Curry-Reis-Mischung indischer Herkunft vergrößert zwar unsere Gaumenfreuden, verringert aber zum Glück nicht den Abstand zwischen asiatischen und europäischen Menschen, also: Genuß ohne Reue!

Es wäre falsch zu behaupten, Xenophobie wäre natürlich. Die Vermutung liegt nahe, daß sie ein Produkt der Herschaftsverhältnisse war.



Unvorstellbar, daß sich eine solche Verhaltensweise in einer solidarischen, d.h. sozialistischen Welt entwickeln bzw. daß eine rassisch begründete Propaganda erfolgreich durchgeführt werden könnte.

Die Angst vor etwas oder jemandem korreliert mit Befürchtungen für die eigene Situation. Das macht es in einer Welt, die nach dem Prinzip "der Stärkere siegt" organisiert ist, einfach, gegen ganze Völker zu hetzen.

In den Zeiten der christlichen Kreuzzüge im Mittelalter konnte die erzeugte Xenophobie, der Rassismus, zur Mobilisierung von Kämpfern gegen "die Heiden" genutzt werden, genauso wie die Aussicht auf Unterwerfung und Ausbeutung der arabischen Völker viele zu Kreuzzüglern werden ließ. Auch gegenüber den von den Herren als gefährlich, da kulturell anders orientiert, empfundenen Roma und Cinti griff der ausgestreute Rassismus; die ständig verfügbaren Prügelopfer der aufgehetzten Massen waren die Jüdinnen und Juden, Antisemitismus war der ständige Begleiter dieser Menschen.

Wenn wir davon ausgehen, daß den Ausgebeuteten der BRD rassistische Positionen ebenso immanent sind wie den Mächtigen, den WirtschaftsführerInnen und PolitikerInnen sowie der Justiz und dem Militär, dann müssen wir auch davon ausgehen, daß es unterschiedliche Gründe für diese Positionen bei beiden Gruppen gibt.

Bürgerliche, d.h. systemimmanente Psychologie unterscheidet nicht zwischen den Rassismen der Ausgebeuteten und den Rassismen der Ausbeuter; das führt zu solch gefährlichen Konzepten wie dem von der "multikulturellen Gesellschaft".

Die Unterdrückung des Trikonts in kapitalistischer, sexistischer und rassistischer Hinsicht durch die Konzerne der Industriestaaten ist nur möglich durch die Unterstützung der Bevölkerung der Industriestaaten, welche an der Unterdrückung partizipiert, z.B. durch billiges Obst, erschwinglichen Sprit für das KFZ, Aluminium aus Südafrika/ Azania, Bumsbomber, die, mit weißen Männern beladen, Thailand anfliegen. Diese Unterstützung ist Folge der gelungenen Mischung aus Rassenhaß und "Teile und Herrsche". Bei einem Teil der Weißen führt das zu aggressivem Rassismus, bei einem anderen Teil zu völliger Ignoranz von Menschheit und Kultur im Trikont.

Es muß scharf differenziert werden zwischen denen, die diese Unterdrückung planen und lenken, und zwischen denen, die ihre eigene Unterdrückung durch die Wahrnehmung der Angebote zur Partizipation der Mächtigen an sie kompensieren. Die Verantwortung der ausgebeuteten Klassen der Industriestaaten für den globalen Zusammenhang soll damit nicht negiert werden, und da es für Verantwortung keine Masseinheit, keine Skala gibt, besteht auch nicht die Gefahr eines Mißverständnisses, wenn gesagt wird, Ausgebeutete der Industriestaaten als TeilhaberInnen der Ausbeutung der Trikontbevölkerung und der dortigen Ressourcen sind nicht in GLEICHEM MAßE für die Situation im Trikont verantwortlich wie die FührerInnen der Industrienationen (und ihrer Marionettenregierungen im Trikont). Die Partizipation am Imperialismus ist das Opium für die Ausgebeuteten im Norden.

Kommen wir zum Wesentlichen:

Die Angst der ausgebeuteten Menschen der BRD vor einer verschlechternden Änderung ihrer Situation ist durchaus berechtigt, ebenso wie die Angst der Menschen im Mittelalter, die sich durch geschürte Rassismen beeinflussen ließen, berechtigt war. Die von den Herrschenden zur Erzeugung einer rassistischen Einstellung genutzten Ängste der Ausgebeuteten sind keineswegs irrational - nur ist die Quelle ihrer Bedrohung eben jene Klasse, die Rassismen erzeugt, entweder um von ihnen verachtete Volksgruppen zu vernichten, oder sie und die ihnen gehörenden



Länder auszubeuten. Irrational ist also die Befürchtung, "der Jude" oder "der Zigeuner" oder "der Neger" sei die Quelle der Bedrohung - die Klasse, die durch eine solidarische Haltung der Völker zueinander vernichtet werden könnte, die herrschende Klasse, hat es verstanden, die Angst vor ihnen in eine Angst vor "dem Fremden" zu transformieren; das gelingt, indem "die Deutschen" als ein Zusammenhang dargestellt werden, der in sich so einzigartig ist, daß er sich gegen behauptete "Angriffe" von außen, die mit den üblichen rassistischen Phrasen "bewiesen" werden, zur Wehr setzen muß. Bei der Vermittlung solcher rassistischer und sexistischer (das gleiche Prinzip griff ja mit dem Erstarken der Frauenbewegung: Verachtung von und Furcht vor Frauen sollen dem Patriarchat die Männer zusammenhalten) Positionen können die BRD-Organe auf mehr als hundertjährige Erfahrungen zurückgreifen und auf der scheinbar fest verankerten Ideologie vom "Volkskörper" der Nazis aufbauen (zu diesem "Volkskörper" gehören Frauen nur als Arbeits- und Gebärmaschinen).

Die teils in subtilen, teils in offenen Formen erscheinende rassistische Propaganda der BRD wird erleichtert durch die von den Nazis erfolgreich betriebene Zerschlagung des kommunistischen und antifaschistisch-antikapitalistischen Widerstandes, der einen nicht wieder gutzumachenden Bruch seiner Geschichte erlebte. Erleichtert wird sie aber auch durch die Existenz von Nationalstaaten in der heutigen Form, und durch die räumliche Entfernung zum Trikont. Und durch die stillschweigende Akzeptanz des Kapitalismus in der BRD durch die Arbeitenden, denen das sogenannte Wirtschaftswunder eine nicht unwesentliche Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen brachte - daß dies auf Kosten des Trikonts geschah, interessierte bisher nicht besonders viele. Die Informationspolitik der staatstragenden Medien schließlich, bei der auf eine authentische Berichterstattung über die Ursachen des Elends im Trikont verzichtet und stattdessen die Verantwortung dem angeblich mangelnden Wirtschaftverständnis der Trikontbevölkerung angelastet wird, ist ebenso kriminell zu nennen wie die Führung der multinationalen Konzerne. Tatsächlich: die traditionell weitestgehend nach dem Prinzip der Subsistenz organisierte Wirtschaft der meisten Trikontländer steht in krassem Widerspruch zur kapitalistischen Logik. Dieses Faktum als Beleg für die Eigenverantwortung der (kolonialisierten) Trikontbevölkerung für die Situation dort heranzuziehen, ist nicht mal mehr zynisch. Die Zerstörung von Wirtschaftsstrukturen und Boden in der südlichen Hemisphäre als Folge der vom Norden aufgezwungenen Monokultur und des Raubbaus an der Natur wird bewußt nicht erwähnt, ebensowenig wird erwähnt, daß die Verelendung der Bevölkerung des Südens ganz wesentlich dadurch verursacht wird.



B. Rassistische Determinanten

Die ArbeitsmigrantInnen

Das sogenannte Wirtschaftswunder, das durch den Marshallplan der USA als ein Faktor und durch die Belassung der Produktionsmittel in den Händen der nationalsozialistischen Wirtschaftsführer als ein weiterer Faktor ermöglicht wurde, war am Ende der Fünfziger Jahre an einem kritischen Punkt angelangt: Es gab mehr potentielle Profite zu erwirtschaften, es standen also mehr Produktionsmittel zur Verfügung, als es auszubeutende Arbeitskräfte gab - vor allem mangelte es an die sog. Hilfsarbeiten Ausführenden. Der Ausweg, auf den die Kapitalisten verfielen, war für sie nicht schwer zu finden: es wurden Menschen, zunächst vorwiegend Männer, aus dem Süden und Südosten

Europas angeworben - von dort, wo die Verdienstmöglichkeiten schlechter waren als in der BRD. So konnten die Industrieherren davon ausgehen, daß die Angeworbenen willig die für BRD-Maßstäbe billige, für sie aber fürstlich entlohnte, Schwerstarbeit verrichten würden.

Teil des Anwerbeprogramms war auch die Absicht, so etwas wie einen flexiblen Austausch der angeworbenen Arbeitenden vorzunehmen. Sie sollten Arbeitsverträge erhalten, die auf einige Jahre befristet waren, und ihr Aufenthalt wurde an die Existenz eines Arbeitsvertrages zu koppeln versucht. Daß das bei den europäischen Arbeitenden nicht funktionierte, lag an den römischen Verträgen von 1957, wobei diese Verträge, die die Existenz der damaligen EWG begründeten, auch diesen ersten Versuch einer flexiblen Arbeitskräfteplanung durch die Industrieherren im europäischen Maßstab nach den Nazis erst ermöglichten.

Daß die BRD an der Entwicklung der EWG maßgeblich beteiligt war, muß eigentlich nicht besonders betont werden - die römischen Verträge boten dem BRD-Kapital die Möglichkeit, das seit der Gründung des Kaiserreichs der Hohenzollern von dem deutschen Großkapital verfolgte Ziel von dem einen Wirtschaftsraum Europa wieder zu aktivieren.

Rassistisch war/ ist diese Arbeitskräfteverplanung im europäischen Maßstab durch die BRD deswegen, weil zum einen die Angeworbenen ArbeiterInnen nicht die gleichen Rechte haben wie "deutsche" ArbeiterInnen. Diese Politik ist aber auch deshalb rassistisch, weil die Angeworbenen als mobiles Arbeitskräftereservoir gesehen wurden/ werden, WEIL sie aus dem Süden Europas stammen (dennoch werden auch "deutsche" ArbeiterInnen zu mehr Mobilität und Flexibilität" aufgefordert: "wer arbeiten will, findet auch Arbeit", und sei es hunderte von Kilometern von dem Ort, wo mensch bleiben will, entfernt).

Für die Tatsache, daß das Anwerbeprogramm der frühen Sechziger und die heutige Politik der BRD innerhalb der EG zu dem Thema Vernutzung der Arbeitskraft im europäischen Maßstab rassistisch ist, ist auch ohne Bedeutung, daß von italienischen Menschen nicht von einer Rasse, schon gar nicht von einer anderen Rasse, gesprochen werden kann - von afrikanischen Menschen kann auch nicht als von einer "Rasse" gesprochen werden, denkenden Menschen verbietet sich so etwas; entscheidend ist, daß KapitalistenInnen und PolitikerInnen davon AUSGEHEN, im Süden Europas lebte "eine andere Rasse" mit "einer anderen Mentalität" (ein weiterer gefährlicher Gedankenstrang), und daß das zur Grundlage der Wirtschaftspolitik gemacht wird.

bei uns zurüc iese

Die Gesetzgebung gegen MigrantInnen und Flüchtlinge in der BRD

1965 wurde das erste Ausländergesetz" der BRD in Kraft getreten, damals wurde es von kapitalistischer und politisch konservativer Seite unter anderem mit der Maßgabe befürwortet, die angeworbenen ArbeiterInnen zu kontrollieren - und wie gesagt ihren Aufenthalt in der BRD mit der Nutzung ihrer Arbeitskraft zu verbinden. Das letztere, das sogenannte Rotationsprinzip, wurde, wie ebenfalls bereits erwähnt, von nicht allzu großem Erfolg gekrönt. Die Intention, nämlich zu verhindern, daß die BRD ein Einwanderungsland wird, konnte im Sinne der Sondergesetzbefürworter nicht umgesetzt werden, da viele der Angeworbenen ihre Familien zum Umzug in die BRD ermunterten. So konnte das Ziel, daß die ständige Bevölkerung der BRD "deutsch" bleibt, nicht erreicht werden.

Die Sondergesetze haben noch andere Funktionen, die wir uns näher anschauen sollten:

Der Verabschiedung des "Ausländergesetzes" 1965 und der erneuerten Fassung von 1989, die am 1.1.1991 in Kraft trat, liegt auch die Absicherung des nationalen Kapitals gegen unerwünschte Einreise von Menschen mit nicht-deutschem Paß zugrunde - sofern diese nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt anders als durch Arbeit oder Sozialhilfe zu sichern. Es gibt viele, die ihre miserablen Arbeitsbedingungen im Trikont (oder in Osteuropa nach der antisozialistischen Wende) gegen eine Arbeit in der BRD tauschen würden - wer das tatsächlich kann, entscheiden der Vorstand von Hoesch, Krupp,

Thyssen sowie der deutschen Bank. Die Bedürfnisse der Industrie werden durch die sog. Legislative abgesichert - durch das "Ausländergesetz" sowie durch einige Paragraphen im "Arbeitsförderungsgesetz". Wer ein Visum für die BRD erhält, wird vom Arbeitskräftemarkt entschieden, wobei die ArbeitsmigrantInnen auch als LohndrückerInnen bzw. AkkordtreiberInnen fungieren sollen.

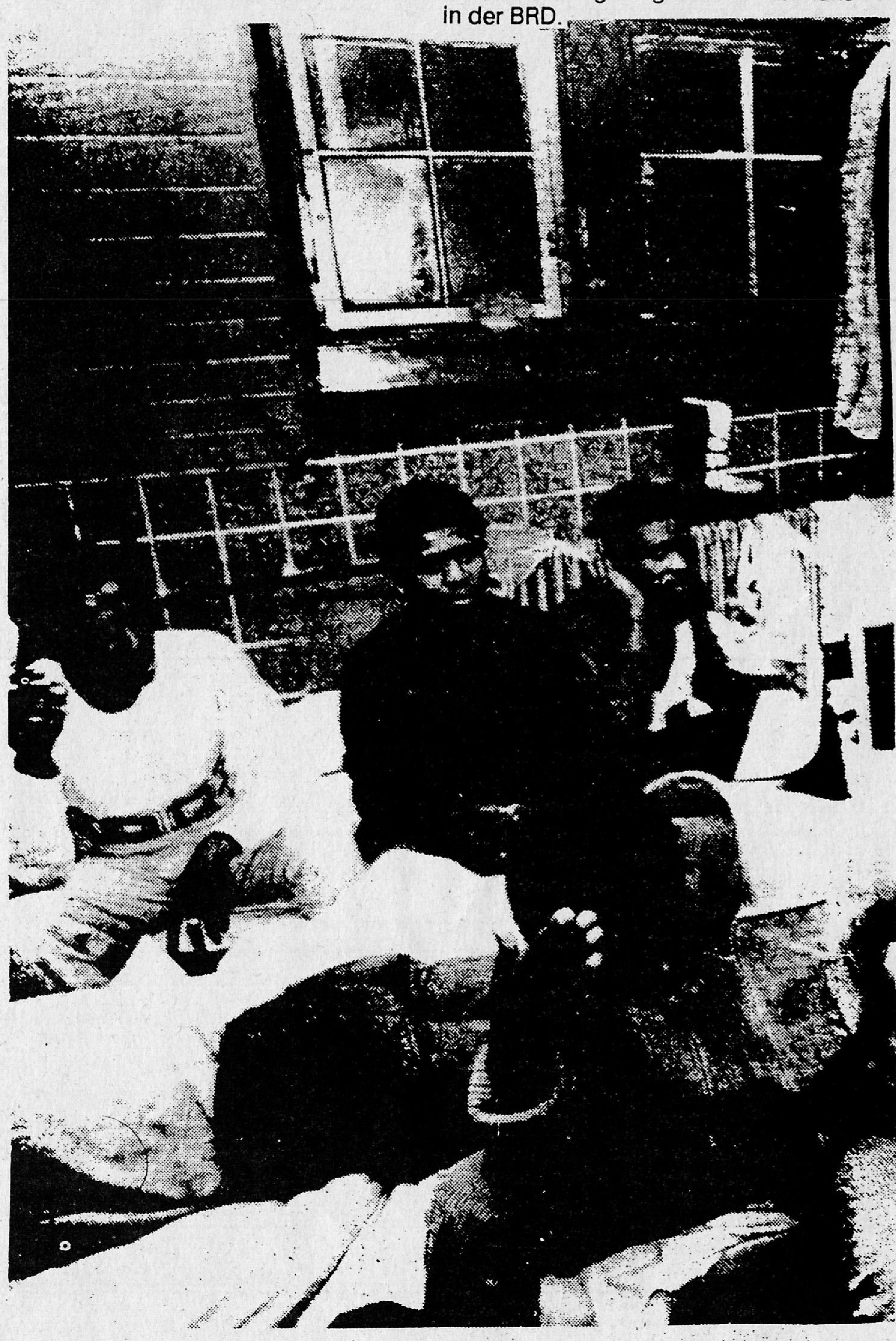
In allen Städten der BRD wurden zur Umsetzung des "Ausländergesetzes" Ausländerämter installiert, die die hier lebenden Menschen mit nichtdeutschem Paß verwaltungsmäßig erfassen und kontrollieren. Sie sind ein Teil der Ordungsämter, was die Gedanken, die hinter der "Ausländergesetzgebung stehen, erhellt: das Ordnungsamt ist für die Ordnung zuständig - "Ausländer" müssen geordnet werden.

Ein weiterer Personenkreis neben den ArbeitsmigrantInnen, gegen die sich die Sondergesetze richten, ist die Gruppe der Flüchtlinge. Für diejenigen von ihnen, die in der BRD Asyl beantragen wollen, kommt ein weiteres Gesetz zum Tragen: das "Asylverfahrensgesetz", das detailliert regelt, wie der/ die AsylantragstellerIn zu behandeln ist und in welchen Fällen und wann abgeschoben wird. Überhaupt ist dieses "AsylVfG" die Trumpfkarte der Rassisten in der Bekämpfung der MigrantInnen- und Flüchtlingsbewegung, zusammen mit den bisher ausgetüftelten Instrumenten der rassistischen Flüchtlingspolitik: BGS-Bullen, die am Frankfurter Flughafen ankommende Asylfordernde in Arrestzellen sperren und nach 2-3 Tagen abschieben; BGS-Bullen in Verkleidung, etwa als Lufthansa-Angestellte, die in Pakistan, Ghana oder anderswo Passagiere der Lufthansa unter die Lupe nehmen; der Versuch, die Fluggesellschaften zu Vorposten des BGS zu machen, durch das Verbot für Fluggesellschaften, Tickets ohne Vorlage von Visa auszustellen; Sammellager mit faschistoiden Blockwarten; provozierte Vergewaltigungen von Flüchtlingsfrauen; psychische Folter in Ausländer- und Sozialämtern, Medienhetze gegen "Asylanten und Wirtschaftsflüchtlinge"...

Am schwersten sind oftmals alleinstehende Frauen betroffen: die sexistische Haltung der BRD-Behörden wird deutlich in der Behandlung von Frauen in den Ausländerämtern - meistens geht das zusammen mit der rassistischen Position von der Minderwertigkeit der Trikontfrauen. Nicht selten ist auch, daß in Flüchtlings-Zwangssammellagern keine Infrastruktur für alleinstehende Frauen existiert, daß Duschräume nicht abschließbar sind, daß sexistische Anmache von der Lagerleitung toleriert und damit begünstigt wird, also zur Vergewaltigung geradezu aufgefordert wird.

Maßgeblich daran beteiligt ist sicher das Bild, das in vielen deutschen Medien gerade von afrikanischen und asiatischen Frauen gezeichnet und von deutschen Männern gerne kolportiert wird: das Bild von der schwarzen Frau mit riesigem Brustumfang, die nur darauf wartet, von weißen Männern genommen zu werden; oder die thailändische Frau, die sich voller Sanftmut und Hingabe jedem weißen Mann zur Verfügung stellt ...

In dem Prozeß gegen einen Heiratsvermittler in Darmstadt, Hans-Günther Menger, der (vor allem thailändische) Frauen an deutsche Männer verkauft hat, wegen Vergewaltigung (zwei Frauen aus Thailand hatten Menger wegen Vergewaltigung angezeigt und wurden dabei von Darmstädter Frauen unterstützt) wurde vom Gericht auch folgerichtig an einen Ethnologen der Auftrag gegeben zu prüfen, ob thailändische Frauen überhaupt vergewaltigt werden können! Diese offen rassistische und sexistische Haltung, ein leuchtendes Beispiel für die Beschaffenheit der deutschen Justiz, ist ebenso ein deutlicher Ausdruck der Verfassung bürgerlichen Denkens in der BRD.



Unterkunft für Asylbewerber in Berlin

Der Sexismus gegen Flüchtlingsfrauen wird vom AsylVfG und den Vorgaben an die PrüferInnen des "Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge" offensiv vorangetrieben: immer noch wird die Existenz geschlechtsspezifischer Verfolgung gegen Frauen verneint (wie übrigens auch gegen Homosexuelle), was auch nicht weiter verwundert, da deutsche Männer von Vergewaltigung genauso profitieren wie Militärs auf Sri Lanka oder in El Salvador.

Wenn auch im Dezember '90 eine iranische Frau wegen ihrer Homosexualität vom Verwaltungsgericht Gelsenkirchen als Asylberechtigte anerkannt wurde: das Gericht stand unter öffentlichem Druck und konnte sich über die Gefahr der Hinrichtung der Frau bei einer Abschiebung in den Iran nicht hinwegsetzen. In der Urteilsbegründung wurde dann von der Homosexualität als "schicksalhaft zufallender persönlicher Eigenschaft wie Rasse (!!) oder Nationalität" gesprochen, was die für die Betroffene positive Entscheidung verbittern soll und eben verdeutlicht, daß das Urteil auf massiven öffentlichen Druck zustandegekommen ist und nicht der Haltung des Gerichts entsprach.

Wer kann laut Gesetz in die BRD einreisen?

Die rassistischen Gesetze "Ausländergesetz" und "Asylverfahrensgesetz" legen fest, wer in die BRD einreisen darf: Mit verschiedenen Staaten ist eine Visumsfreiheit vereinbart, z.B. mit allen EG-Staaten. Menschen aus sog. Fluchthauptherkunftsländern benötigen dagegen auf alle Fälle ein Visum, da diese mit Visumszwang belegt sind. Visa sind als TouristIn- oder BesucherIn-Visa erhältlich, ebenso zum Zwecke des Arbeitens. Theoretisch haben darüberhinaus Alle, die deutlich machen, daß sie Asyl beantragen wollen, das Recht, auch ohne Visum in die BRD einzureisen. Die Praxis sieht aber anders aus. Durch die Verordnung, daß diejenige Fluggesellschaft 2000 DM Strafe zahlen muß, die einem Passagier ein Flugticket ohne Vorlage eines Visums ausstellt, soll der eingeführte Visumszwang auch für diejenigen, die Asyl suchen und also auf der Flucht sind, mit Hilfe der Fluggesellschaften durchgesetzt werden. Noch einmal ganz deutlich: die Herren und Damen GesetzgeberInnen in Bonn haben per Gesetz festgelegt, daß Flüchtlinge, die in der BRD Asyl beantragen wollen, nur dann legal einreisen können, wenn sie vorher in einer BRD-Botschaft ein Visum erhalten haben - wäre ja auch kein Problem, wenn die BRD-Botschaften nicht nur denjenigen Menschen ein Visum ausstellen würden, die entweder über Reichtümer verfügen oder als BesucherIn/ TouristIn in die BRD wollen. So aber sind die Botschaften und die Fluggesellschaften die vorgeschobenen Posten des BGS.

Es kommt immer öfter vor, daß Asylbegehrende an den Grenzen der BRD abgewiesen werden. Zum Beispiel Frankfurter Flughafen: die gängige Praxis des dortigen faschistoiden BGS ist es, Flüchtlinge erst einmal für Tage in den Arrestbaracken im Flughafen verschwinden zu lassen, um sie dann klammheimlich abzuschieben - eine Praxis, die völlig der Kontrolle jedweder Öffentlichkeit entzogen ist und auch sein soll. Das am 1.1.91 in Kraft getretene "Ausländergesetz" gibt den Grenzschützern für eine solche Praxis noch weit mehr Möglichkeiten. Vielleicht auch eine Art Subsidiaritätsprinzip: Fluggesellschaften sollen Aufgaben des BGS übernehmen, der BGS übernimmt Aufgaben des "Bundesamtes zur Anerkennung ausländischer Flüchtlinge"; und was kommt dann?

Die materiellen Bedingungen der Asylfordernden

Die ständige Verschlechterung der materiellen Situation von Flüchtlingen/ Asylfordernden ist der Dreh- und Angelpunkt der rassistischen Politik in der BRD gegen diejenigen, die es trotz der Abwehrmaßnahmen geschafft haben, in die BRD zu gelangen und erstmal hier zu bleiben. Daß aus dem von den Rassisten geschaffenen Mangel an legalen Einreisemöglichkeiten sehr viele Menschen gezwungen sind, mit Paß- und Visafälschern sowie mit Schleppern ein Geschäft zu machen, was die allermeisten ihre ganzen Ersparnisse kostet, wird von den Rassisten nicht als Ergebnis ihrer eigenen Politik bezeichnet, sondern als Beleg für die Notwendigkeit erhöhter Wachsamkeit gegenüber Flüchtlingen verkauft. Mit der absurden Behauptung, alle Asyl-

fordernden, welche ja einen Anspruch auf Sozialhilfe besitzen, würden von der Sozialhilfe Schleppern, die sie (angeblich oder tatsächlich) in die BRD gebracht haben, in Raten den geforderten Betrag abzahlen, wurde die Ausgabe von Warengutscheinen statt Geld an Flüchtlinge propagandistisch vorbereitet. Seit 1990 erhalten sehr viele Asylfordernde diese Gutscheine, im Sommer 1991 sollen alle Flüchtlinge von diesem Gutscheinsystem erfaßt sein. Neben der deutlichen Aussage an die Flüchtlinge -"wir wollen Euch hier nicht haben" haben diese Gutscheine auch den Effekt, den/ die BenutzerIn als asylfordernden Flüchtling öffentlich zu kennzeichnen, was angesichts der (forcierten) rassistischen Grundhaltung weiter Teile der Bevölkerung durchaus mit dem Zwang zum Tragen eines Judensterns vergleichbar ist (obwohl mir die Problematik eines solchen Vergleichs bewußt ist, kann ich ihn nicht vermeiden. Wenn der Zwang, mit Gutscheinen einzukaufen, beabsichtigtermaßen rassistische Wurzeln freilegen soll, und da den Herrschenden bewußt sein dürfte, daß dies der Fall ist, halte ich den Vergleich angesichts der Einmaligkeit der ungeheuerlichen Verbrechen an jüdischen Menschen zwar für schwierig, aber haltbar).

Ein weiterer Aspekt der Verschlechterung der materiellen Bedingungen ist die vermehrte Schaffung von Sammellagern, welche in der Regel auch Sammelverpflegung miteinschließen. Im Zusammenhang mit den in allen Bundesländern neu errichteten oder in Planung befindlichen "Zentralen Anlaufstellen" (ZASt), bei denen sich Asylfordernde zu melden haben und durch welche sie verwaltet werden, wird hier an einer neuen Struktur für die Abfertigung von Flüchtlingen gearbeitet. Der Traum der rassistischen Flüchtlingspolitikmanager ist es, ein dichtes Netz von Sammellagern und Zentralen Anlaufstellen zu errichten, quer über die BRD. Daß dafür soviel Geld und Personal bereitgestellt wird, kommt aus der Einsicht, daß nur die lückenlose Bewachung der Grenzen der BRD durch Militär im Verein mit der gänzlichen Abschaffung des Asyl-"rechts" es ermöglichen würde, die aus allen Teilen des Trikonts und aus Europa in die BRD Migrierenden vom Überschreiten der Grenzen abzuhalten. Für ersteres gibt es nicht die Kapazitäten, und für letzteres ist die politische Landschaft (noch) nicht opportun genug.

Insofern bedeutet die mit ZASt, Gutscheinen und Sammellagern vorangetriebene Verschlechterung der materiellen Lebensbedingungen einen Sieg der pragmatischen über die utopischen RassistInnen, welche die Grenzen am liebsten sofort und für alle schließen würden. Die ineinandergreifenden Konzepte, die oben beschrieben wurden, lassen aber auch keinen Zweifel daran, in welche Richtung die "Flüchtlingspolitik" der BRD geht.

Das Arbeitsverbot

Hieran ändert auch nichts, daß das generelle Arbeitsverbot für Asylfordernde mit Wirkung zum 1.1.91 von fünf Jahren auf ein Jahr zurückgeschraubt wurde und im Frühsommer 91 ganz wegfiel. Nachdem es in den siebziger Jahren, zunächst auf zwei Jahre begrenzt, eingeführt und in den Achtzigern auf fünf Jahre erhöht wurde, schien es jetzt zunächst ein Widerspruch zur sonstigen rassistischen Politik. Doch der Widerspruch ist wirklich nur ein scheinbarer, und kann auch nur so scheinen, wenn die rassistische Politik isoliert betrachtet wird.

Durch das Arbeitsverbot für Asylfordernde und sog. De-facto-Flüchtlinge (für welche es auf ein Jahr begrenzt war), haben sich zwar unter diesen Wut und Ohnmachtsgefühle gesammelt und abgewechselt, doch um zum sozialen Sprengstoff zu werden, dafür reichte die Kraft Ende 1990, als zunächst die Verkürzung des Arbeitsverbotes durch den Bundestag beschlossen wurde, wohl noch nicht aus, weswegen das auch nicht der Grund sein konnte. Auch die theoretisch mögliche fünfjährige Vernutzung der Arbeitskraft Asylfordernder im Rahmen "gemeinnütziger Arbeit" sorgte nicht für solch starken Protest oder gar Widerstand, daß eine politische Lösung dafür gefunden werden mußte. Und warum sollte der Bundestag mit seinem Sammelsurium von konservativen, faschistoiden, wirtschaftsliberalen, sozial- und basisdemokratischen RassistInnen jetzt plötzlich eine wohlmeinende Geste gegenüber Asylsuchenden zeigen, nachdem es einige Monate zuvor in deutscher Tradition zwei durch und durch rassistische Gesetze verabschiedet hat? Auch als Ablenkungsmanöver von diesen Gesetzen, dem "AuslG" und dem "AsylVfG", die in ihren Intentionen unverkennbar sind, ist eine Verkürzung des Arbeitsverbotes nicht geeignet. Was ist also der Grund?

Die Vermutung liegt nahe, daß es mit dem Anschluß der DDR an die BRD zusammenhängt. Dort nämlich, in den sogenannten "Fünf Neuen Ländern", sammelt sich mit der Kahlschlagspolitik des westdeutschen Kapitals unerhört viel sozialer Sprengstoff an. Seit Monaten gehen Menschen dort auf die Straßen, um gegen die dramatisch zunehmende Arbeitslosigkeit zu protestieren. Die massenhafte Verelendung läßt manche sich wieder in SED-Zeiten zurücksehnen. Einstweilen bleibt den meisten aber nichts anderes übrig, als wenigstens ihre Ohnmacht zu demonstrieren.

Die letzten Monate haben auch gezeigt, welches Ventil sich die Menschen suchen, welcher Ideologie sie nachlaufen, weil sie der Perspektivlosigkeit (vergeblich) davonzurennen versuchen. Rassistische Übergriffe gegen ehemalige Aufbauhelfer aus Mozambique oder Vietnam und gegen Asylfordernde sind an der Tagesordnung, erst neulich ist ein Flüchtling aus Afrika von faschistischen Skins durch den Hinauswurf aus einer Straßenbahn in Dresden ermordet worden, wöchentlich, fast täglich gibt es Verletzte, Schwerverletzte und Tote durch rassistischen und faschistischen Terror.

Der Verdacht drängt sich auf, als würde die Zurücknahme des Arbeitsverbotes von fünf auf ein Jahr in der jetzigen Situation den rassistischen Haß der vom Kapitalismus überfallenen Menschen in der Ex-DDR verstärken wollen. Dieses Unternehmen der Verstärkung rassistischer Ideologie ist sogar zweigleisig: auf der einen Seite können Asylfordernde in Kürze wieder als die eigentliche Gefahr für die Arbeitsplätze "deutscher Arbeitender" dargestellt werden, was den Vorteil bietet, daß die westdeutschen Konzernherren damit von ihrer Vernichtungspolitik in den "FNL" ablenken können. Auf der anderen Seite wird damit die Existenz einer (bereits vorhandenen) weiteren Klasse Arbeitender zementiert, welche dann noch unter der zweifellos existierenden Klasse der ostdeutschen Arbeitenden steht, sowohl was Qualifizierung als auch Verdienst in den möglichen Einsatzbereichen der Industrie betrifft. Das wirkt sich dann in der Weise aus, daß die vom imperialistischen Feldzug der BRD überfallenen Arbeitenden der DDR einen Stabilisierungsmechanismus angeboten bekommen, der einen sich radikalisierenden Widerstand gegen die Westkonzerne verhindern soll.

Als weiteren Vorteil für das Kapital ergibt sich aus diesem Manöver, daß das differenzierte Klassensystem der Arbeitenden in der BRD um eine weitere Klasse ergänzt wird; deren Angehörige, es sei denn sie gehörten zu den wenigen ASYLBERECHTIGTEN, auch wirklich nur die Arbeiten ausführen werden, für die niemand anders gefunden wird, also die schlecht bezahlten Schwerarbeiten. Dafür sorgt das sog. Nachrangigkeitsprinzip, eine

Festlegung im "Arbeitsförderungsgesetz" (AFG), die besagt, daß nicht asylberechtigten Flüchtlingen, (im Amtsjargon: "nicht bevorrechtigte Ausländer"), nur diejenige Arbeit vermittelt werden darf, die vorher ohne Erfolg 1. einer/ einem Deutschen, 2. "einem bevorrechtigten Ausländer" ("EG-Ausländer" bzw. Asylberechtigte) angeboten wurde. Letztendlich führt das dazu, daß Konzerne mit einem unerschöpflichen Potential für schlecht bezahlte und wenig qualifizierte Schwerarbeit kalkulieren können, was wiederum die Produktionsrate und vor allem den Profit erhöhen wird. Aus diesem Grund werden wir es erleben, daß den Flüchtlingen/ MigrantInnen durch die Verwaltungspraxis systematisch die Möglichkeit zur Aus- und Weiterbildung verweigert wird. Schließlich können Nicht-EG-MigrantInnen ausgewiesen werden, wenn sie nicht in der Lage oder willens sind, ihren Lebensunterhalt durch Sklavenarbeit zu finanzieren, was ein bedeutendes Druckmittel darstellt und zur Annahme jeder noch so schlecht bezahlten Arbeit zwingen kann.

Schluß

Hoffentlich ist durch die - unvollständige - Beschreibung ökonomischer Unternehmungen in Verbindung mit rassistischen Angriffen der herrschenden Klasse deutlich geworden, daß die propagandistische Hetze gegen Trikontflüchtlinge, ArbeitsmigrantInnen und alle sonstigen Migrationsbewegungen immer eine Verwertungsabsicht im Hintergrund hat. Diese Verwertungsabsicht ist zwar immer materiell begründet, aber nicht unbedingt ökonomisch. Rassismen entstehen nicht durch etwaige "sozial" oder gar "genetisch bedingte" Determinanten - zu diesem Schluß wollen bestimmte Kreise allerdings verleiten.

Rassismen entstehen dagegen auf der Grundlage von Ausbeutung und Herrschaft und haben die Aufgabe, diese zu erhalten. Die seit Jahrhunderten arbeitenden Rassismen haben immer zu bestimmten Zeiten Hochkonjunktur - entweder als Antwort auf verschlechterte Ausbeutungsbedingungen, oder als Antwort auf soziale bzw. politische Bewegungen, so wie auch sexistische Propaganda seit Entstehen der modernen Frauenbewegung verstärkt die Verachtung feministischer Kultur verkündete, neben der zu allen Zeiten gleichermaßen praktizierten Ausbeutung von Frauenkörpern und -arbeit eine zweite Angriffslinie bildete.

Die ökonomischen Kämpfe in den Neunzigern erfordern m.E. eine Neubestimmung antiimperialistischer Politik und Praxis. Zumal in der BRD: Die Entwicklung nach der Okkupation der DDR kann noch kaum in Worte gefaßt werden, zu brutal scheint der Schnitt mit den Zeiten der realsozialistischen Welt, der Machtblöcke NATO und Warschauer Pakt.

Die BRD ist auf dem Sprung, ihre globalen machtpolitischen Interessen auf den Level ihres wirtschaftlichen Einflusses zu bringen. Zu der noch vorsichtigen Änderung ihrer Außenpolitik benötigt sie zudem eine Modifikation ihrer Innenpolitik gegen die MigrantInnen aus Trikont und Osteuropa (welches bereits auf dem Weg ist, ebenso an die Diktate der Weltbank gefesselt zu werden wie der Süden der Erde). Dazu gehört die Selektion in vernutzbare und unvernutzbare ArbeiterInnen.

Da die rassistischen Angriffe gegen MigrantInnen und Flüchtlinge ökonomisch motiviert sind, ist es den Herrschenden möglich, in Verbindung mit der "nationalen Identität" eine große Akzeptanz für diese "Maßnahmen" zu schaffen, indem nämlich einfach die wirkliche Zielrichtung der deutschen Konzerne benannt wird, ohne dabei zu erwähnen, daß die "deutschen" ArbeiterInnen den gleichen Gewalten unterliegen wie die nicht hier geborenen. Darüberhinaus bietet rassistische oder auch sexistische Hetze dem autoritären/ reaktionären Charakter durch drastische Äußerungen und Angriffe die Möglichkeit der Kanalisierung der latenten und brodelnden Rassismen und des Sexismus, erzeugt den inneren Durchmarsch frustierter SpießerInnen in Büro, Fabrik, der guten Stube oder dem Stammtisch.

Die materiellen Werte, die die arbeitenden Menschen schaffen, wandern in die Taschen der "UnternehmerInnen". Dadurch, daß die Herrschenden den beraubten ArbeiterInnen die Möglichkeit bieten, gemeinsam mit ihnen gegen die MigrantInnen, die "uns auf der Tasche liegen", zu hetzen, schafft es die Bourgeoisie, daß die Beraubten sich ihres Verlustes nicht erinnern; denn sie verteidigen ja "ihr" Geld, "ihr" Land gegen "Fremde". Damit erhält die Bevölkerung des Nordens gegenüber rassistisch Verfolgten eine Machtposition, die schlichtweg jedem und jeder MetropolenbewohnerIn zu eigen ist. Die Privilegien, die mit jeder Macht verbunden sind, sind ein enormer Anreiz nicht zuletzt dadurch, daß sie durch ihre Allgegenwärtigkeit ständig verfügbar bzw. selbstverständlich sind. Gerade bei Linksradikalen ist die Ansicht verbreitet, daß allein die formulierten Ansprüche schon ein Anderssein manifestieren - was nicht der Fall ist, und aus dieser Differenz zur Realität erklärt sich das unterentwickelte Verhältnis zu antirassistischen Kämpfen. Und auch hier ist ein Gefälle zwischen Frauen und Männern festzustellen: absolut engagieren sich wesentlich mehr Frauen in solchen Kämpfen als Männer ...

In den letzten Jahren mehren sich Aktionen, mit denen sich MigrantInnengruppen gegen die offensichtliche Vertreibungspolitik von Städten, Ländern und der Bundespolitik wehren. Besetzungsaktionen (Kirchen, Ämter), Demos (gegen das "Ausländergesetz"), Unterschriften- und andere Aktionen gegen die Einführung von Gutscheinen statt Barauszahlung der Sozialhilfe geben hiervon einen Eindruck.

Dennoch stehen die MigrantInnenbewegungen vor einer prekären Situation - mit dem 1.Juli 1991 sind aufgrund der Wirkung des neuen "AuslG" Massenabschiebungen vor allem von Roma, LibanesInnen, TamilInnen und IranerInnen zu erwarten. Der Widerstand dagegen formiert sich zaghaft, zu übermächtig scheint der Staatsapparat, und es scheint, daß viele MigrantInnen aufgrund fehlender Informationen ihre Lage noch nicht realisiert haben. Die Herrschenden wollen die konsequente Abschiebung sog. De-Facto-Flüchtlinge durchsetzen (das sind Menschen mit einer sog. Duldung, die bis Ende 1990 aufgrund von "Ländererlassen" generellen Abschiebeschutz besaßen). Wer zum Arbeitseinsatz nicht benötigt wird, soll gehen, und die Roma sollen darüberhinaus deswegen abgeschoben werden, weil sie immer wieder an das von den Nazis an ihnen Verbrochene erinnern, und auch weil sie die ungebrochene Kontinuität deutscher rassistischer Politik benennen, wodurch sie eine Unversöhnlichkeit signalisieren, die ihrer Wirklichkeit entspricht, sie aber für die Herrschenden kompromiß- und damit politikunfähig macht.

Es ist an der Zeit, die verbal immer wieder beschworene Solidarität mit den MigrantInnen aus den Fallstricken des Abstrakten herauszuholen und praktisch werden zu lassen.

Schafft Strukturen, die es den rassistischen Herrschenden unmöglich machen, ihre beabsichtigte Erhöhung der Abschiebungen durchzusetzen! Hindert die örtlichen NeoNazis an Angriffen auf Flüchtlinge! Besucht die SachbearbeiterInnen in den "Ausländerbehörden" und macht ihnen klar, was ihr von der deutschen Verwaltungspraxis haltet!

g. zunder

Informationen zu AlbanerInnen in Jugoslawien

Die AlbanerInnen sprechen eine eigene Sprache, Albanisch, das nicht zu den slawischen Sprachen wie Serbisch oder Kroatisch gehört. In der Religionszugehörigkeit unterscheiden sie sich von den Serben, die christlich- orthodox, und den Kroaten, die katholisch sind, durch ihr Bekenntnis zum Islam.

In Jugoslawien leben in der Provinz Kossovo 1,7 Mio. AlbanerInnen, das entspricht dort 90% der Bevölkerung, in der Teilrepublik Montenegro ca. 50.000, in Mazedonien über 400.000 AlbanerInnen.

Der Gegensatz von AlbanerInnen zur herrschenden Klasse Serbiens (sowohl des alten Adels als auch der marxistisch-lenistischen Parteielite) ist mehr als 100 Jahre alt. Damals (Berliner Kongress 1878) ging es darum, unter welchen Vorzeichen sich die Staatsbildung auf dem Balkan vollziehen sollte - zentralistisch unter der Vorherrschaft des serbischen Adels oder dezentral im Rahmen regionaler und kulturell überkommener Strukturen.

Schon hier entstand die Kluft zwischen serbischen und albanischen Interessen, da sich die serbische Staatsbildung als nationaler Befreiungskampf gegen den osmanischen Kolonialismus verstand, der sich später im Partisanenkampf gegen die deutsche Besatzungsarmee sogar zur sozialen Revolution steigerte. Dem serbischen Führungsanspruch gegenüber konnten sich die AlbanerInnen nur als antizentralistischer Hemmschuh verhalten. Auf sie wurden häufig sozialpolitische Schwierigkeiten projiziert und mit überheblichem Nationalismus reagiert, weil sie angeblich auf der Gegenseite standen: zuerst auf der Seite der osmanischen Kolonialmacht (schon sinnfällig wegen gleichen Glaubens), später angeblich auf Seite der deutschen Faschisten, weil sie sich nicht richtig an Titos Partisanenkampf beteiligten. Zudem lebten sie auf "urserbischem" Boden, wo irgendwann im Mittelalter einmal ein serbischer Staat gegründet worden war.

In den letzten 10 Jahren eskalierte der Konflikt aufgrund des sozialen Drucks in Kossovo. Nicht nur, weil das Kossovogebiet das Armenhaus Jugoslawiens mit einer Arbeitslosigkeit von 50 % und Durchschnittsverdiensten von einem Drittel der slowenischen ist, sondern auch wegen der Propaganda gegen die hohe Kinderzahl bei den albanischen Familien. Sie haben durchschnittlich 5 Kinder, die serbischen vielleicht 2 bis 3. Armut und sozialer Notstand hatte viele <u>serbische</u> Familien dazu gebracht, aus Kossovo abzuwandern, wofür aber in der Propaganda nicht die schlechten Verdienstmöglichkeiten im Kossovo, sondern die hohe Bevölkerungszunahme der AlbanerInnen verantwortlich gemacht wurde.

Gegen das "unmoderne" Fortpflanzungsverhalten der albanischen Familien und angebliche sexuelle Übergriffe albanischer Männer wurde durch die Presse mobilisiert, was unter anderem zu einer rassistischen serbischen Frauendemonstration mit 15.000 Teilnehmerinnen im Jahre 1987 führte.

In anderen Teilen Jugoslawiens werden serbische MigrantInnen aus dem Kossovo ihren Teil zur nationalistischen Radikalisierung beigetragen haben. Vielleicht kommen die Kinder gerade jetzt bewaffnet wieder in den Kossovo, um dort "aufzuräumen".

Zwischen März und Juni 1981 organisierten die Albanerinnen ihren ersten Aufstand, in dem die soziale Wut in nationale Forde-

rungen übersetzt wurde. Hauptkampfmittel waren Massendemonstrationen mit hohem Sachschaden. Ihr Inhalt waren der Republikstatus und Anerkennung als gleichberechtigtes Staatsvolk. Die Sicherheitslage blieb seit diesen Tagen für die serbische Herrschaft prekär.

1987 war das Wendejahr innerhalb ganz Jugoslawiens. Der Zentralstaat konnte die Zinsen für IWF-Kredite nicht mehr zahlen, ein Programm zur weiteren Lohn- und Sozialkürzung blieb im massiven Widerstand der jugoslawischen ArbeiterInnen stecken. In den vier Jahren davor waren die Reallöhne um 22% gesenkt worden. Im Sommer 1987 gab es landesweit 4000 Streiks mit einer Solidarisierung über die Nationalitätengrenzen hinweg, wie z. B. beim Generalstreik der Bergarbeiter in Labin/ Istrien im Mai. Das Regime war in Gefahr , falls nicht eine neue Spaltungsstrategie angewendet würde, durch die die internationale Kreditwürdigkeit wiederhergestellt würde.

Aufgabe des Sozialismus, Einführung der Marktwirtschaft und Nationalismus als neue Staatsideologie waren die Antworten.

1987 wurde der Kurswechsel der Staatspartei eingeleitet, in deren Verlauf der ehemalige Kommunist/Stalinist Milosevic nun als Nationalist (nationaler Sozialist) an die Spitze Serbiens gelangte. Gegen die AlbanerInnen (jetzt als "Albanacken" beschimpft) begann eine Hetzkampagne, in der ihnen unterstellt wurde, Völkermord an den Serben im Kossovo- deren Stammland - zu begehen. Deshalb müßten die Albaner von dort vertrieben und auf ganz Jugoslawien verteilt werden. Polizei und Geheimdienste steigerten die Überwachung zum totalitären Staatsterror,die eigenständigen Bildungs-, Wissenschafts- und politischen Institutionen der Autonomen Provinz wurden Stück für Stück zerschlagen, albanische Politker verhaftet, die Opposition in den Untergrund getrieben. Ein Kampfzyklus nach dem anderen wurde von den Albanerinnen organisiert und jeder wurde blutiger als der vorige niedergeschlagen.

1988 werden die regionalen albanischen kommunistischen Funktionäre abgesetzt und durch linientreue ersetzt. Der erste politischen Generalstreik der Bergleute findet Anfang 1989 statt. Das ganze Land wird militärisch besetzt. Das Belgrader Zentralregime läßt Schauprozesse veranstalten und eine Sonderjustiz gegen Demonstrationsteilnehmer einrichten. Schläge und Folterungen bei Verhaftungen werden zum Normalzustand. Kossovo verliert seinen Autonomiestatus 1990 und wird dadurch Teil Serbiens. Seit kurzem wird die albanische Sprache restlos aus der öffentlichkeitt und aus den Schulen verbannt.

Jedenfalls bleibt Kossovo seit 1989 ein einziges Pulverfass, in dem sich der Widerstand eines ganzen Volkes und der Staatsterror Serbiens frontal gegenüberstehen.Der Massenaufstand würde jederzeit beginnen, wenn nicht die totale militärische und polizeiliche Unterdrückung wäre. In einer Untergrund-Volksabstimmung wird Ende September über die Loslösung von Jugoslawien abgestimmt werden. Das serbische Regime fördert auf der anderen Seite die Bewaffnung von serbischen Freischärlern vor Ort und bereitet Massaker gegen den kommenden Aufstand vor, um eine Endlösung der Albanerfrage durchzusetzen.

Genaueres zur aktuellen Situation findet ihr in den Broschüren der "Gesellschaft für bedrohte Völker" und des Bielefelder Flüchtlingsrates/Grüne NRW.

Antirassismusbüro Bremen Sept. 1991

ZEESEN

Wir wollen zu dem erschienenen Artikel in der Interim Nr.160 was schreiben, weil wir diesen zum Teil schönfärberisch finden und an einigen Punkten Kritik haben.

Unser erster (negativer) Eindruck in Zeesen war: es gibt keine Sicherheitsvorkehrungen. Weder wurde das Grundstück bewacht noch gabs ein Infosystem. (das Grundstück ist ziemlich groß und verwildert, grenzt an einen See und an eine Kleingartenkolonie. Heranschleichen bis knapp vors Haus durchs Dickicht wäre bei Dunkelheit auch für größere Gruppen kein Problem).
Alles hing davon ab, ob unter den Mobilisierten Leute sind, die sowas auf Reihe kriegen, oder eben nicht. Glücklicherweise hat sich das von Wochenende zu Wochenende zu Wochenende geändert.
Möglicherweise geht die Projekt-Gruppe, die dort wohnt, davon aus, daß jetzt, wo die Faschos erstmal eingeschüchtert sind, alles easy ist und derlei Maßnahmen nicht der Mühe wert. Ihnen genügte es jedenfalls, daß an Wochenenden genügend Leute vor der Bühne vorm Haus rumstanden.
Es gab hin und wieder Anmache von einigen Projekt-Leuten, wodurch wir den Eindruck bekamen, daß ihnen Anfragen bzgl. Verteidigungsfähigkeit und offensives Vorgehen gegen Faschos, wenn sie sich in der Gegend rumtreiben, eher lästig waren.
Beliebtes Argument war das gute Verhältnis zu den BürgerInnen, das nicht ge/zerstört werden sollte.
Als ob wir das vorgehabt hätten. Wir finden aber entschlossenes Vorgehen gegen Nazis und kulturelle Ausstrahlung muß kein Widerspruch sein.
Nachdem die Nazis jahrelang die ganze Gegend terrorisiert haben, ist es doch ein Witz, aus Rücksicht auf die EinwohnerInnen nichts gegen sie zu unternehmen. Wenn die Bevölkerung dann gleich gegen uns bzw. gegen das Projekt ist, dann stimmt da auch was nicht.
Aber im Prinzip ging der Konflikt auch nicht ausdrücklich darum.
Uns kam es so vor, daß ein paar der Hausleute generell keinen Bock hatten auf alles was nach Ärger roch.
Wenn das "eigene" Projekt von Nazis bedroht wird, ist es ganz recht, wenn die Autonomen da sind. Aber wohl nur so lange, bis die Gefahr vorüber ist. ?
Wir schreiben das nicht als Rechtfertigung, warum wir nicht mehr kommen wollen oder so. Aus unserem Verständnis als AntifaschistInnen werden wir uns auch in Zukunft solidarisch verhalten, wie anderswo auch.
Der Artikel in der Interim ist ja voll das Lobes und hat unsere Probleme offensichtlich nicht.
Das Geißler-Zitat, wo's um mögliche Differenzen im Umgang mit Nazis geht, haben wir überhaupt nicht kapiert.
Daß man zwischen Nazi-Kadern und jugendlichen Mitläufern unterscheidet (da wo man es kann), ist unbestritten. Hat aber unserer Meinung nach nix mit dem oben beschriebenen Konflikt zu tun.
Doch zu was anderem:
"Die Ossis sind ja nu doch irgendwie provinziell,daß merkt mensch an ihrer verdammten Menschlichkeit. (...)"
Den ganzen folgenden Abschnitt verstehen wir nicht. Kommt uns so vor, als ob hier einiges durcheinandergerät. Daß alle, die nicht ihren Wohnsitz nach Zeesen verlegt haben, bereits erstarrt sind und ihre Mittelstandsprivilegien nicht aufgeben wollen, kann ja damit wohl nicht gemeint sein.
Die Diskussion über eine kontnuierliche Politik, auch über den Tellerrand der Szene hinaus und mögliche persönliche Konsequenzen wie Verzicht auf die geliebte autonome "Flexibilität", jederzeit alles tun und lassen zu können wie's paßt, sind sicher wichtig.
Das würde aber den Rahmen sprengen und auch im Artikel wird in wenigen Sätzen darüber hinweggeholpert, so daß es kaum was bringt.
Aber eins wollen wir so nicht stehenlassen: Die Ossis finden wir nicht menschlicher als die Deutschen allgemein. Ist uns ein Rätsel, wie's zu diesem idealistisch verzerrten Schmus kommen konnte. Wenn man sich aktuell die Ereignisse in Hoyerswerdea, Cottbus u.a. anguckt, kann einer und einem nur noch speiübel werden. Wieso ist die berechtigte Skepsis, v.a. was den Rassismus im Osten betrifft, ein Panzer von Vorurteilen?

"Männer, die sich sexistisch verhalten, werden nicht über Ausschluß der Möglichkeiten für Auseinandersetzung beraubt (Ich trau mich kaum das zu schreiben, schon mal was von autoritären Strukturen gehört?)."
Wie beim vorhergehenden Thema können wir nur rätseln, was damit gemeint ist.
Uns fällt dazu nur ein: Ohne Druck keine Auseinandersetzung. Das ist doch auch eine alte Erfahrung, daß die meisten Männer Kritik an sich gar nicht ernst nehmen, wenn da kein Druck dahintersteckt.
Wir waren selbst genervt durch Verhalten und Sprüche einiger Typen während der Wochenend-Mobilisierungen. Auch bei der Auseinandersetzung mit den Faschos selbst fielen Sprüche vom krassesten Kaliber von "unserer" Seite aus.
Wenn die SchreiberInnen des Artikels sich mit den Betreffenden auseinandersetzen wollen, finden wir das o.k. Daß die Betreffenden angemacht werden und ihnen gedroht wird, wenn sich nix ändert, finden wir auch o.k. Haben wir uns damit schon als Teil der autoritären Strukturen zu erkennen gegeben?
Die Dynamik der Nazis zu brechen drängt sich immer mehr als dringend notwendige Orientierung auf. In diesem Zusammenhang sehen wir das auch so, daß der kulturellen Ebene, die Jugendlichen zu erreichen, große Bedeutung zukommt (aber das ist ja wirklich nix neues).
Wenn Aktivitäten auf dieser Ebene nicht gegen militantes Vorgehen gegen Faschos ausgespielt werden, kann sich eigentlich alles gut ergänzen.
In diesem Sinne werden wir das Projekt in Zeesen auch weiterhin unterstützen.

AntifaschistInnen aus Berlin

Infocafe im FalkenKeller

ONCE AGAIN!

Die Idee eines regelmäßigen Treffpunkts für unabhängige Gruppen und Menschen hatten wir schon länger. In Zusammenarbeit mit den Falken ist die Idee jetzt in die Tat umgesetzt worden.
Am 5.Mai wurde das INFOCAFE IM FALKENKELLER eröffnet. Und von nun an wird es in präziser Regelmäßigkeit jeden 1. und 3. Sonntag im Monat offen sein. Ab 11 Uhr können sich Männer und Frauen, Kinder und Kegel bei linksradikalem Frühstück schmackhaft informieren, diskutieren, Filme gucken oder einfach nur...

Mit diesem INFOCAFE haben wir einen Raum geschaffen, wo sich Menschen treffen können, welche die bestehenden Verhältnisse für unerträglich halten und dagegen was tun wollen. Da können wir gemeinsam überlegen, wie wir Widerstand leben können gegen Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg, was wir unternehmen können gegen Männerherrschaft, Rassismus und Doitschtum.

Wir haben keine Lust, den Großmachtgelüsten von Politikern, von Wirtschaft und Industrie tatenlos zuzusehen. Wir wollen die Kolonisierung Osteuropas durch Westdeutsche (-europäische) Konzerne nicht ohne Widerspruch hinnehmen. Und wir sind schon gar nicht bereit, den Straßenterror von Fascho-Banden gegen AusländerInnen, AsylbewerberInnen oder UNS, widerstandslos hinzunehmen.

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der sich alle Menschen frei und selbst entfalten und bestimmen können, ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion oder ihrer sexuellen Orientierung. Das würden wir am liebsten mit vielen von Euch machen.

Kommt alle, ihr seid eingeladen...
Bringt Lust, Infos, Freunde und Freundinnen mit

Gemeinsam gegen Unterdrückung, Ausbeutung und Faschismus
denn
Das Leben gehört uns

INFOCAFE IM FALKENKELLER
Schillerstr.1
7900 Ulm
0731/641771

jeden 1.und 3. Sonntag
im Monat (19.5.; 2.6.;
16.6.; 7.7.; 21.7. ..)
ab 11 Uhr

„Wir tun es nur aus Haß“

Jugend ohne Zukunft in Großbritannien / Von Konrad Schuller

LONDON, 12. September

„Wir tun es einfach nur aus Haß." Der 19 Jahre alte Rädelsführer versucht erst gar nicht, einen Rechtfertigungsgrund zu finden. In den Straßen um ihn her schlagen die Flammen in den Himmel. Junge Leute und Kinder, manche kaum älter als zehn Jahre, tanzen singend um zwei brennende Autos. Andere liefern in gestohlenen Wagen der Polizei Verfolgungsjagden, die Menge, etwa 300 Jugendliche, grölt Beifall, sooft ein Polizeifahrzeug von einem „Hotter" ausgebremst oder durch waghalsige Handbremswenden abgehängt wird.

Am Morgen nach dieser Nacht der Molotowcocktails, schon der zweiten in dieser Woche im nordenglischen Newcastle upon Tyne, werden 25 angezündete Gebäude gezählt, zwei Feuerwehrwagen sind im Steinhagel schwer beschädigt worden, ein Einkaufszentrum ist verwüstet, und von mehreren gestohlenen Autos sind nur noch rauchende Blechgerippe übrig. Für direkt Beteiligte wie die Feuerwehrleute, die machtlos mit ansehen mußten, wie mehrere Gebäude ausbrannten, weil sie im Steinhagel der Randalierer nicht zur Brandstelle vordringen konnten, sind Nächte wie diese ohne Zweifel schockierend. Für das englische Pressepublikum jedoch sind sie fast schon Routine.

Ob in Großstädten wie Birmingham, in Universitätsstädtchen wie Oxford, ob in Cardiff oder wie in den vergangenen zwei Nächten in Newcastle, es passiert immer wieder, und es passiert stets nach dem gleichen Muster: Jugendliche „Joyriders" knacken Autos, rasen damit ein paar Stunden durch die Straßen und verbrennen die Wagen schließlich. Wenn die Polizei eingreifen will, sind sie plötzlich verschwunden, um kurz darauf anderswo wieder zuzuschlagen, zu plündern und Brandbomben zu werfen. „Guerillataktik" nennen sie es. Daß in Newcastle erst kürzlich zwei von ihnen bei einer Verfolgungsjagd mit der Polizei tödlich verunglückt sind, schreckt sie nicht ab.

Politiker und Polizisten hat Englands heißer September offenbar völlig überrascht. Premierminister John Major und der Schatteninnenminister der oppositionellen Labourpartei, Roy Hattersley, sind sich zwar einig, daß „kriminelle Akte dieser Art inakzeptabel" seien; selbst der sonst so moderate Paddey Ashdown von der liberaldemokratischen Partei weiß fürs erste nur eine Antwort: „Die Polizei unterstützen und die Täter bestrafen." Aber starke Worte können nicht verhindern, daß in der britischen Öffentlichkeit das Gefühl wächst, mit Verfolgen und Bestrafen dürfe es nicht getan sein.

Die Ursache der Ausschreitungen der letzten Nächte war eben nicht nur, wie ein Journalist hinter vorgehaltener Hand bemerkte, „die Sommerhitze, die eben manche Leute hat durchdrehen lassen". Die Probleme liegen tiefer. Die Anschlagtafel im Job-Centre von Northshields bei Newcastle, wo es zu Beginn dieser Woche Ausschreitungen und Plünderungen gegeben hatte, zeigt 55 offene Stellen an; nur 26 davon sind Vollzeitjobs. In dem Sozialwohnungsgebiet, das von den Unruhen am schwersten betroffen war, sind 85 Prozent der jungen Leute ohne Arbeit. Wohngegenden wie diese oder „Dolecity" (Stempelgeldstadt) Ely in Cardiff, wo es in der vergangenen Woche Krawalle gegeben hatte, gehören zu den typischen Opfern der gegenwärtigen Rezession; Analytiker sprechen angesichts von zweieinhalb Millionen Arbeitslosen (8,5 Prozent) von der schlimmsten Krise seit den 50er Jahren. Leerstehende Gebäude nicht nur in den krisengeplagten Industriegebieten Nordenglands, sondern neuerdings auch im reichen Süden, sind ein unübersehbares Zeichen. Auch poppige Plakate mit der Aufschrift „zu verkaufen" ziehen keine Käufer mehr an in Gegenden, die noch vor kurzem zu den besten Londons zählten.

Die Regierung steht dieser Krise der Städte ohne ein schlüssiges Sanierungsprogramm gegenüber. Ein Entwicklungsmodell, das der heutige Umweltminister Michael Heseltine in den frühen 80er Jahren entworfen hatte, um eine Wiederholung der „Brixton Riots" von 1981 zu verhindern, hatte Margaret Thatcher abgelehnt. Die Premierministerin beließ es 1988 bei einem Maßnahmenbündel, das Kommentatoren „schiere Hochstapelei" nannten. So ist es nach Ansicht des „Guardian" denn auch nicht weiter verwunderlich, daß sich nun im Rhythmus der Konjunkturzyklen nach dem jähen Ende des Thatcher-Wirtschaftswunders auch der „Zyklus der Unruhen" fortsetzt. Die Lage von heute erinnert in vielem an die von 1981 – nur ist sie noch schlimmer. Was vor zehn Jahren auf eine eng umrissene soziale Minderheit, die „Underdogs" in den Schwarzengettos der Großstädte, begrenzt war, hat um sich gegriffen, kennt keine Rassenunterschiede mehr, erfaßt Großstädte gleichermaßen wie kleinere Ortschaften. Und für die kommende Nacht rechnet die Polizei in Newcastle mit neuen Krawallen.



ZWEI BOBBIES nehmen einen jungen Mann in Newcastle fest, nachdem rund 300 Hooligans 25 Gebäude in Brand gesetzt und Geschäfte geplündert hatten.

VERGEWALTIGER PROZEß IN MOABIT

Am 8./11.10.91 wird nach 30tägiger Unterbrechung der zweite Revisionsprozeß gegen Dietmar S. wegen jahrelangem sexuellen Mißbrauchs an seiner Stieftochter fortgesetzt. Verteidigt wird er von Gerhard Jungfer und Ingeborg Rakete-Dombek.

Das Mädchen lebte anfangs im Säuglingsheim und bei Pflegeeltern, bis ihre Mutter sie zu sich und dem Stiefvater nahm. Mit zwölf Jahren (1982) soll ihr Stiefvater, der heute 42jährige Dietmar S., sie zum ersten Mal sexuell mißbraucht haben. Von da an regelmäßig etwa zweimal pro Woche, immer wenn die Mutter, die davon nie etwas gemerkt haben will, außer Haus war. Über 400 Mal ungeschützter Geschlechtsverkehr, anal, oral und mit Gegenständen.

1983 weigerte sich S., an einem Gespräch in der jugendpsychiatrischen Poliklinig Berlin teilzunehmen, in der das Mädchen immer wieder vorgestellt wurde.

1985 zog sie freiwillig in das berliner Kinderheim Friedenau, auf den Vorschlag einer sie behandelnden Psychologin hin, der sie sich seit einem Jahr langsam anvertraut hatte.

Dietmar S. wurde am 13.11.89 in erster Instanz wegen "sexuellen Mißbrauchs von Schutzbefohlenen, teilweise in Tateinheit mit sexuellem Mißbrauch von Kindern, mit Vergewaltigung, mit sexueller Nötigung, mit Körperverletzung und mit schwerer Körperverletzung" zu sieben Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.

Das reste Revisionsverfahren war möglich, wiel kein Gutachten über die Glaubwürdigkeit der Tochter erstellt worden war, da diese sich geweigert hatte.

Am vierten Verhandlung tag des Revisionsprozesses willigte sie jedoch in eine Untersuchung ein. Das Ergebnis besagt, daß ihre Schilderungen auf einem wahren Erlebnishintergrund basieren und widerspricht der These vom "Phantasieprodukt eines sexuell besonders interessierten Mädchens". Auch glaubt die Psychologin nicht an einen Racheakt gegen den Angeklagten.

Zum zweiten Revisionsprozeß kam es, da die Verteidigung das Gutachten, dessen Ergebnis ihr mißfiel, von einem wuppertaler Privatdozenten "analysieren" ließ, der die Objektivität und fachlichen Kompetenz der Psychologin anzweifelte.

Seit Mai 1991 läuft nun das dritte Verfahren gegen Dietmar S.

Die Methoden der Verteidigung erinnern an den Gynäkologenprozeß 1984, in dem Jungfer zwei Frauenärzte verteidigte, die im Krankenhaus während des Nachtdienstes eine Narkoseärztin vergewaltigten. Auch damals wurde die Nebenklägerin psychisch noch einmal vergewaltigt, ihr Sexualleben bis ins Kleinste auseinandergenommen, während [illegible] der Täter unangetastet blieb.

Im jetzigen Prozeß sollen Zeugen gehört werden, die bekunden sollen, daß das Mädchen sich im Fahrradschuppen auf dem Schulgelände ausziehen ließ und schon "früh" und "besonders sexuell interessiert" gewesen sei.!

Der neueste Kniff der Verteidigung ist, mit der Triebtheorie des Herrn Freud zu argumentieren:

"Das Kind will seinen gegengeschlechtlichen Elternteil sexuell besitzen, vor allem aber wird der Mißbrauch am Kind nicht als reales Geschehnis gesehen, sondern soll lediglich seiner Phantasie entspringen, um eigene aggressive und Triebwünsche zu verdrängen."

Mit Hilfe dieser Theorie soll der Gutachter, der am 8.10.91 bzw. 11.1091 geladen ist, die Glaubwürdigkeit der Nebenklägerin anzweifeln. Sexueller Mißbrauch wird als Phantasieprodukt der Kinder abgestempelt: dadurch wird nicht nur, wie sonst üblich, die gesellschaftliche Komponente von Vergewaltigungen, sondern die Tat an sich geleugnet. Ein Freibrief also für Männer, Väter, Onkel... .

DESHALB: KOMMT ALLE ZUM PROZESS AM 8./11.10.91
9 Uhr Saal 606
Landgericht Moabit, Turmstraße

Und noch was: unverständlicherweise sitzt in der Verteidigung neben Jungfer auch eine Frau, I. Rakete-Dombek, die sich selbst als Linke bezeichnet - was Geld und Prestigedenken doch möglich machen!!!

I. Rakete-Dombek	G. Jungfer
Lützowufer1	Kissingerstr. 57
1/30	1/33
26/6074	8231031
Gemeinschaftssozietät	

KAMPF DER MÄNNERJUSTIZ'- VERGEWALTIGER WIR KRIEGEN EUCH!!!

PRESSEERKLÄRUNG

Als Verteidigerinnen und Verteidiger der in der JVA Celle I inhaftierten Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Lutz Täufer und Knut Folkerts geben wir bekannt:

Unsere Mandanten haben am 23.9.1991 einen befristeten Hungerstreik begonnen. Unmittelbarer Anlaß dafür ist die Weigerung des niedersächsischen Justizministeriums, einer Journalistin von Radio Bremen die Genehmigung zu erteilen, mit unseren Mandanten ein Tonbandinterview durchzuführen. Stattdessen soll nur ein schriftliches Interview zugelassen werden. Das nds. Justizministerium will mit diesem Verbot verhindern, daß die Stimmen der Gefangenen im Radio gesendet werden.

Unsere Mandanten begreifen dies als Versuch, sie eines wesentlichen Teils ihrer Persönlichkeit zu berauben. Hiergegen richtet sich der befristete Hungerstreik.

Nach den letzten Landtagswahlen hatte die rot-grüne Koalition eine Änderung der Haftbedingungen, insbesondere eine Vergrößerung der Celler Gefangenengruppe, angekündigt und die Möglichkeit politischer Kommunikation zugesagt. Nachdem interessierte Kreise der Strafverfolgungsbehörden im Frühsommer dieses Jahres eine Kampagne gegen die Zusammenlegung und die Verteidiger der Gefangenen inszeniert hatten, wurden vom niedersächsischen Justizministerium alle Pläne zur Veränderung der Haftbedingungen, insbesondere zur Vergrößerung der Celler Gefangenengruppe storniert. Real hat sich seit dem Amtsantritt der rot-grünen Koalition an den Haftbedingungen nichts geändert.

Die Entscheidung, das Tonbandinterview zu verbieten, ist die Fortsetzung der Linie der Isolation der politischen Gefangenen. Offensichtlich soll jede Kommunikation zwischen den Gefangenen und der Öffentlichkeit verhindert werden.

Am Beispiel des Fernsehinterviews mit Lotze zeigt sich, daß Kommunikation auch über die Medien dann zugelassen wird, wenn ihr Inhalt staatlich erwünscht ist. Demgegenüber wird unseren Mandanten die Möglichkeit genommen, sich mit ihrer Person - und das ist auch ihre Stimme - an der öffentlichen Diskussion zu beteiligen.

Als Verteidigerinnen und Verteidiger der politischen Gefangenen Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts und Lutz Taufer fordern wir das niedersächsische Justizministerium auf,

- unseren Mandanten als politisch denkenden und handelnden Menschen die ungehinderte Teilnahme an öffentlicher Diskussion und Meinungsbildung zu ermöglichen;
- endlich die seit langer Zeit geplante Vergrößerung der Celler Gefangenengruppe durch Verlegung aus anderen Bundesländern zu verwirklichen.

h u n g e r s t r e i k e r k l ä r u n g

wir sind ab heute in einem befristeten hungerstreik.

wir fordern

formen der zusammenlegung, wie sie nach 1o, 15, 2o jahren isolation im gefängnis und isolation von der gesellschaft draußen notwendig sind, um den politischen und sozialen stoffwechsel mit der gesellschaft wiederzubeleben

unbehinderte zulassung von gesprächsgruppen

unbehinderte teilnahme der gefangenen aus der raf an der öffentlichen diskussion, auch über die medien

august 1988 haben die gefangenen aus der raf in drei erklärungen (taz 8.8.1988) mitgeteilt, daß sie das gespräch mit gesellschaftlichen gruppen suchen. ziel dieses gesprächs sollte eine durcharbeitung der geschichte der letzten 2o, 25 jahre sein, der geschichte der linken, der raf, der gefangenen - abschluß einer geschichtlichen periode; analyse und neubewertung der heutigen politischen und gesellschaftlichen situationen; schlußfolgerungen für eine revolutionäre politik der zukunft.

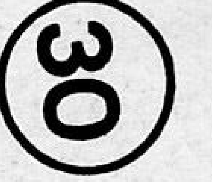
seither haben zahlreiche gruppen und einzelpersonen, bekannte und unbekannte, diese initiative aufgegriffen und um entsprechende gesprächsmöglichkeiten mit den

gefangenen gekämpft. ja, gekämpft ist wohl der angemessene begriff: eine gesprächsgruppe bei uns hier in celle, um nur ein beispiel zu nennen, bestehend aus dem ehemaligen vorsitzenden von amnesty international bischof helmut frenz, der leiterin eines evangelischen männerwohnheims rosita timm, dem hamburger pastor wolfgang grell und dem spd-mitglied und rechtswissenschaftler norman paech wurde vom ministerium alm-merk und der celler anstaltsleitung administrativ abgewürgt. insgesamt dreimal ist es der gruppe im lauf eines jahres gelungen, zu uns zu kurzen diskussionen vorzudringen! in lübeck kann dieselbe gruppe regelmäßig und problemlos die dortigen raf-gefangenen besuchen.

seit einem jahrzehnt wird uns in niedersachsen, abwechselnd von cdu- und spd-justizministern, versprochen, die gruppe der raf-gefangenen in celle auf mindestens acht gefangene zu erhöhen. lutz taufer stimmte seiner verlegung nach celle 1982 zu, nachdem ihm eine solche vergrößerung angekündigt worden war. der letzte cdu-justizminister remmers hat unsere isolationshaft im celler hochsicherheitstrakt - ein jahrzehnt zu dritt unter der lebensqualität luftschutzbunker - als "irrtum" bezeichnet. die uno-menschenrechtskommission kritisiert unsere haftbedingungen; amnesty international greift sie an; die süddeutsche zeitung spricht von 2o jahren haftbedingungen, die uns schockgefrieren sollen; aus niedersächsischen regierungskreisen hören wir die einschätzung "horrorscenario". gemeint ist unsere situation in celle. rot-grün in niedersachsen hat uns gegenüber remmers den vorteil gebracht, daß man heute in hannover unsere lage durchaus kritisch zu würdigen weiß. signifikante veränderungen, von einer wende ganz zu schweigen, hat es allerdings nicht gegeben. die vor einem jahr in aussicht gestellte verlegung von fünf gefangenen aus raf und widerstand, was nach einem jahrzehnt endlich eine kleine 8er-gruppe gebracht hätte, ist längst hinter den politischen horizonten verschwunden.

seit jahren erreichen uns raf-gefangene in celle interviewwünsche, von der alternativpresse bis zum fernsehen. die justiz hält solche gespräche für "schädliche gespräche". nützlich hingegen die von den organen des staatsschutzes seit monaten orchestrierte kampagne zur desinformation der öffentlichkeit. was immer seit der zellenrazzia vom märz 1991 an öffentlicher anschuldigung schauprozeßartig ausgebreitet wurde - 7oco kassiber, illegales infosystem mit der raf, kommandozentralen im knast, zellensteuerung, todeslisten, anwälte als kuriere, befreiungspläne für die frauen in köln-ossendorf - der generalbundesanwalt mußte es sich aus den händen nehmen lassen.
"wir sind von anfang an davon ausgegangen, daß an all dem nichts dran ist." jagau, justizministerium hannover, pressesprecher. ein novum jedenfalls haben von stahl und zachert in ihrer bisherigen amtszeit geschaffen: die putativjustiz.

das diktatorische, jedenfalls außer öffentlicher kontrolle geratene agieren der staatsschutzorgane lebt nicht zuletzt - wie alle diktatorische systeme - vom informationsmonopol. die gefangenen aus der raf, die seit jahren mit tausenden und abertausenden artikeln und beiträgen in den medien buchstäblich zugeschissen werden, kommen nicht zu wort. der wahn, aus dem 1972 in köln-ossendorf ulrike meinhof in den toten trakt gesperrt wurde, um ihr die politikfähigkeit zu amputieren, lebt noch immer. in diesen 20 jahren ist die zerstörung der herzen und hirne, von ausnahmen abgesehen, nicht gelungen. jetzt wird eine auffanglinie errichtet. in dem moment, wo die gefangenen in die diskussion mit teilen der gesellschaft drängen, drängt der staatsschutz mit einer gegenkampagne in die öffentlichkeit: die hauptgefahr



geht von den gefangenen aus. von kontaktsperre auf dauer war die letzten monate die rede.

seit sechs jahren bemüht sich eine rundfunkjournalistin, ein interview zu machen. als "schädliche gespräche" wurden die versuche der journalistin, kontakt mit uns aufzunehmen, abgeblockt. eineinhalb jahre lang jetzt der neuerliche anlauf bei der rot-grünen regierung in hannover: das resultat ist faktisch dasselbe. im mai hat das justizministerium das interview genehmigt, zwei stunden vor dem termin im juli aber wieder verboten. es folgte eine neue interviewerlaubnis, die aber an derart behindernde auflagen gekoppelt war, daß das interview undurchführbar blieb. schließlich, im august, wurde überraschend ein vorgespräch zu akzeptablen bedingungen genehmigt, die frage der interviewgenehmigun aber weiter offengelassen. und heute haben wir zuguterletzt, die erlaubnis, ein radiointerview zu machen - ein tonaufnahmegerät ist der journalistin dabei aber verboten.

die hauptgefahr geht von den gefangenen aus. noch von ihren stimmen. nach über 16 jahren. das phantom soll phantom bleiben. ein "irrtum" waren zehn jahre hochsicherheitstrakt nicht. tief, allzu tief eincodiert ist es in diesen köpfen, ob von stahl oder zachert, ob rot oder grün oder schwarz: die art dieser gefangenen muß im verborgenen bleiben. staatsschutz und politik können es sich nicht leisten, daß sich das construm, das sie 2o jahre lang aufgebaut haben, als für die öffentlichkeit fabriziertes schreckgespenst herausstellen könnte.

wir fordern eine authentische und unbehindertet möglichkeit, an der öffentlichen diskussion teilzunehmen, auch über die medien!

in der zeit von frühjahr 1989 bis heute haben wir mit den niedersächsischen landtagsgrünen, mit dem niedersächsischen justizministerium, mit der anstaltsleitung und anderen vollzugsbezogenen institutionen (kirche, anstaltsarzt) zahlreiche gespräche geführt. offene gespräche. 2o oder 3o oder mehr. in all diesen gesprächen ging es fast immer um die frage einer politischen lösung: durcharbeitung der letzten zwanzig jahre geschichte der linken, der raf, der gefangenen, abschluß dieser phase über die bestimmung einer neuen politischen perspektive, dazu diskussion und beratung mit gesellschaftlich interessierten gruppen. eine inhaltliche diskussion hat es mit diesen personen naturgemäß nicht gegeben, aber eine darlegung des projekts und der dafür notwendigen bedingungen und materiellen veränderungen.. aus den letzten 2o jahren wird deutlich, daß es eine alternative dazu nicht gibt: zusammenlegung, diskussion mit gruppen aus der gesellschaft, freie kommunikation mit draußen. das die eine, die reale seite.

wie der staatsschutz diese zweieinhalb jahre wahrgenommen hat, haben wir im 'stern' vom 4.7.1991 lesen können:

> auch die ständigen horror-meldungen eines betrügers aus der celler strafvollzugsanstalt, der für den verfassungsschutz die raf-häftlinge knut folkerts, karl-heinz dellwo und lutz taufer bespitzelt, stimmten bisher nie.
>
> vor einem jahr kündigte der knacki die entführung des rw-vorstandsmitglieds danic vondevert an (worauf jetzt nachträglich sogar noch der 'spiegel' hereinfiel). am 7. und 23.mai sollte der 'große schlag' gegen renommierte bankiers in münchen und hamburg passieren. nun will der knacki von einem attentat im juli gehört haben....

auch unter der neuen niedersächsischen regierung dominieren jene seilschaften das geschehen, die vor zwölf jahren dem sprengstoffanschlag auf das celler gefängnis organisiert hatten. die phantasien eines im übrigen wegen meineid

vorbestraften, in der gesamten niedersächsischen justiz wegen seiner abenteuerlichen denunziationsphantasien verschrieenen betrügers gelten den zachert, dem spiegel, der taz und von stahl als das einzig reale, selbst das bundeskabinett ließ sich davon in atem halten.
aber den raf-gefangenen realitätsverlust bescheinigen!!
da wächst wahrlich zusammen, was zusammengehört.

nach dreijährigem kampf um eine öffnung, des bemühens, türen der kommunikation, des austauschs zwischen drinnen und draußen aufzustoßen, müssen wir das resümee ziehen:
das ensemble aus staatsschutzapparat und angegliederter politik verfügt über die kompetenz und die kapazität, mit einem solchen ansatz konstruktiv umzugehen, nicht.
der seit 2o jahren metastasierende staatsschutzapparat hat seine geburtsstunde in einem politischen klima, das durch die überzeugung des damaligen bundeskanzlers brandt charakterisiert war, im vietnamesischen dschungel würde die freiheit westberlins verteidigt. dies ist auch die geburtsstunde des toten trakts in köln-ossendorf. 1972. es ist weit und breit nichts erkennbar, daß die politik sich von diesem zur (staatsschutz)struktur geronnenen wahn losreißt. im gegenteil, die dinge werden immer verrückter.
<u>dies ist der grund, weshalb wir diesen hungerstreik machen.</u>

das verhalten des staats uns gegenüber besteht seit 2o jahren darin, uns in eine fundamentale lebensnot zu bringen. einziger angebotener ausgang aus diesem labyrinth soll das abschwören sein. das ist das prinzip mittelalter.
die fundamentale lebensnot soll den gefangenen dazu bringen, bestimmte gedanken und gefühle nicht mehr zu haben, bestimmte bestimmungen nicht mehr zu setzen. die inhaltlichen resultate dieses "umdenkens" stehen für den staat nicht unbedingt im vordergrund, worauf es ankommt, ist, daß das "umdenken" deutlich wahrnehmbar folge staatlicher gewalt ist.

die gefangenen aus der raf kommen aus der linken. x zu deren konstitutionsbedingungen gehört das prinzip des freien, unbehinderten gebrauchs der eigenen verstandes- und seelenkräfte - wer schockgefroren werden soll, ist dazu nicht in der lage. das ist das prinzip der neuzeit.

um seine begrenzte wirkung wissend beginnen wir diesen streik - wir haben einfach die schnauze voll!

Celle, den 23.9.91
Karl-Heinz Dellwo, Knut Folkerts, Lutz Taufer

FREILASSUNG VON RALF UND KNUD !

am sonntag, den 22.9. waren wir, einige freunde und freundinnen von knud aus bärlin, bei der fünften kundgebung vor dem itzehoer knast.
wie ja die meisten bereits wissen, sitzen ralf und knud seit ende juli dort im knast. beiden geht es den umständen entsprechend gut und sie bekommen täglich besuch von bis zu 3 leuten.
ihnen wird vorgeworfen, betonplatten auf die zugstrecke hamburg-kiel gelegt zu haben. (siehe vorige nummern der interim) inzwischen wurde der haftbefehl gegen knud und ralf auf "versuchten mord" erweitert. ohne den vorwurf des "versuchten mordes" hätten sie die beiden rauslassen müssen, da eine sog. "fluchtgefahr" nicht besteht. es wird sich noch zeigen, ob dieser heftige vorwurf in einem prozeß aufrechterhalten werden kann oder nicht. ob sie mit ihren unverfrorenen lügen durchkommen oder nicht, hängt natürlich auch von uns hier draußen ab.
wir wissen, daß die beiden keine gegenstände vor einen personenzug gelegt haben! der staatsschmutz lügt !
die beiden haben sich jetzt auch mit einer öffentlichen erklärung geäussert. ihre position zu derlei "aktionen" ist eindeutig und klar.
(siehe erklärung von ralf und knud anbei)
einzelne werden hier herausgegriffen, um den politischen widerstand insgesamt einzuschüchtern, zu spalten und in der öffentlichkeit zu diffamieren. dazu ist ihnen jedes mittel recht. die spannbreite reicht von selbstinszenierten aktionen ("celler loch"- über konstruierte und verlogene vorwürfe ("raf in der hafenstraße") bis hin zur kriminalisierung bloßer politischer meinungsäußerungen (zusammenlegungsforderung).
bei ralf und knud besteht u.a. ein direkter zusammenhang zur auseinandersetzung um die rote flora. laut innensenator hackmann sei es bei den polizeiaktionen darum gegangen, "ob regierung und parlament im schanzenviertel das sagen haben, oder selbsternannte kräfte."
dieser absolute machtanspruch ist nicht nur auf die rote flora reduziert. in hamburg sollen die menschen, die sich wehren und ihre sache in die eigene hand nehmen, gewaltsam zur ruhe gezwungen werden. schließlich soll laut trevi-abkommen in allen eg-ländern der widerstand ausgeschaltet werden.

die kundgebung in itzehoe mit ca. 150 leuten war -trotz regen- sehr schön und solidarisch. wir konnten die gesichter von ralf, unserem freund knud und von anderen gefangenen hinter den gittern erkennen. auch sie haben uns deutlich gesehen und sich total darüber gefreut, daß wir da waren. es war gut sich zuzuwinken, aber am liebsten hätten wir ralf und knud natürlich draußen bei uns.
immer wieder haben wir parolen gerufen- "power durch die mauer, bis sie bricht !"
über das micro wurden zunächst einige soziale gefangene, die ralfund knud kennengelernt haben, gegrüßt. ein redebeitrag wurde in französischer sprache gehalten, denn einige gefangene verstehen deutsch nur schlecht. hamburger genoss/inn/en erzählten dann was von der pressekonferenz, die sie kurz vor der haftprüfung gemacht hatten.
danach hielten die irland-solidaritäts-gruppen aus der ganzen brd eine gemeinsam verfaßte erklärung mit einer einschatzung der aktuellen situation, in solidaritat mit ralf und knud. gemeinsam sangen sie ein bekanntes lied aus dem irischen befreiungskampf über gefangene "men behind the wire...". auch die "hymne der soligruppen" "99 luftballons" von nena wurde gesungen und dabei wurde viel gelacht. dann sangen einzelne freunde und reundinnen etwas ernstere lieder von brecht ("in erwägung...") und weitere irische lieder. knud schrieb später, daß einige im knast richtig "schlucken" mußten, als sie dies hörten.
überhaupt war die atmosphäre der ganzen kunfgebung sehr persönlich und herzlich. eine irische und eine schwarze fahne mit rotem stern wehten im wind. immer wieder haber freund/inn/en und genoss/inn/en spontan grüße durchs micro erzählt und kurz was zu den neuesten ereignissen draußen gesagt. auch über andere prozesse, in hamburg, vor allem dem gegen olaf, wurde berichtet.
eigentlich waren wir alle gerne noch länger geblieben, trotz des heftigen regens fiel es uns total schwer, zu gehen.

aber wir werden wiederkommen und hoffentlich mit viel mehr leuten aus Bärlin.

SOLIDARITÄT MIT KNUD UND RALF ! SOFORTIGE FREILASSUNG DER BEIDEN !

ENTLARVT DIE STAATSSCHMUTZLÜGEN !

BESUCHT DIE KNASTKUNDGEBUNGEN IN ITZEHOE !
-nächster termin: 6.10.91; 14.00h-
treffpunkt: 13.00 sternschanze; ah
SCHREIBT an:

knud andresen und ralf gauger
amtsgericht itzehoe
z.h. frau peters
bergstr. 5-7
2210 itzehoe

freunde und freundinnen von knud aus bärlin



Demonstranten am Hauptbahnhof

Zwölf Festnahmen bei Protestaktion / 595 Berliner einberufen

Seit einem Jahr gilt das bundesdeutsche Wehrdienstrecht jetzt in Berlin und den neuen Bundesländern; zum vierten Mal wurden auch Berliner Wehrpflichtige zum Wehrdienst einberufen. Wie bei den vorangegangenen drei Einberufungsterminen demonstrierten gestern rund 300 Wehrdienstgegner auf dem Hauptbahnhof und versuchten, die Abfahrt von Rekrutenzügen zu verhindern.

Während dieser Aktionen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei, dabei wurden drei Polizisten verletzt und zwölf Demonstranten vorläufig festgenommen. Nach Angaben der Kampagne gegen die Wehrpflicht erlitten auch drei Demonstranten Verletzungen, da die Polizei in ihrem Einsatz „unverhältnismäßig" hart vorgegangen sei. Trotzdem sei es den „Kriegsgegnern" gelungen, kurzfristig Gleise zu blockieren und auf dem Dach eines Zuges ein Protesttransparent auszubreiten, hieß es. Insgesamt waren rund 120 Angehörige der Bahnpolizei, Polizei und des Bundesgrenzschutzes im Einsatz.

Von den 595 gestern einberufenen Berliner Rekruten, darunter sind 121 aus dem Westteil der Stadt, sollen 120 ihren Wehrdienst beim in Treptow stationierten Jägerbataillon 581 absolvieren. In der früher von den ehemaligen Grenztruppen der DDR genutzten Kaserne wehte noch der Geruch von frischer Lackfarbe durch die Gänge. In den letzten Monaten wurde das ziemlich heruntergekommene Gebäude renoviert und auf Bundeswehrstandard gebracht. Die neuen Soldaten sind in Zimmern mit bis zu zehn Betten untergebracht

DER TAGESSPIEGEL

MITTWOCH, 2. OKTOBER 1991

Den uns vorgeworfenen Anschlag auf die Bahnstrecke in Pinneberg haben wir nicht begangen. Aus unserer persönlichen und politischen Geschichte als Teil der radikalen Linken ist so ein Anschlag auch völlig ausgeschlossen.

Wir treten für eine Gesellschaft ein, in der sich alles an den Fähigkeiten und Bedürfnissen des Menschen orientiert. Das steht im klaren Gegensatz zu der herrschenden Gesellschaftsordnung, in der der Mensch zum Objekt der sinnentleerten Profitmaximierung entwürdigt wird.

Eine Aktion, die irgendwelche Menschen, in irgendeinem Zug, zu irgendeiner Zeit gefährdet, wäre das genaue Gegenteil zu unserem Denken. Der Anschlag auf die Bahnstrecke ist nichts als terroristisch - schon deshalb gibt es für uns keinen Grund etwas derartiges zu tun. Er reiht sich vielmehr ein, in die Geschichte von terroristischen Anschlägen, wie das von Faschisten auf das Oktoberfest 1980 in München verübte Attentat. Oder wie der vom Verfassungsschutz inszenierte Anschlag auf den Hamburger Hauptbahnhof 1973.

Der Grund, daß wir trotzdem im Gefängnis sitzen ist rechtlich geschen der, daß die Beamten des Landeskriminalamtes Hamburg Thoms und Martens aussagen, sie hätten uns an der Bahnstrecke mit Betonplatten hantieren sehen. Diese Aussagen sind gelogen !

Aber das sind die Methoden, die Innensenator Hackmann meinte, als er gesagt hat, es geht bei der Flora-Park-Räumung auch darum, wer im Viertel das Sagen hat. Eben nicht die Menschen, die dort wohnen und wünschen, ihr Leben selbst zu gestalten. Sondern diejenigen, die von ihren noblen Villen aus Mensch und Natur nur als Manövriermasse für ihre kalten Profit-Pläne ansehen.

Unser Ziel jetzt, ist, daß ihre Lügen entlarvt werden und wir rauskommen. Unser Ziel immer, ist, die Herrschenden so oft es geht in ihren technokratischen Plänen zu stoppen und so viel von unseren Träumen zu leben, wie wir schaffen.

Itzehoe, im September 1991

Ralf Gauger Knud Andresen

Eine Antwort auf Heinz Schenk

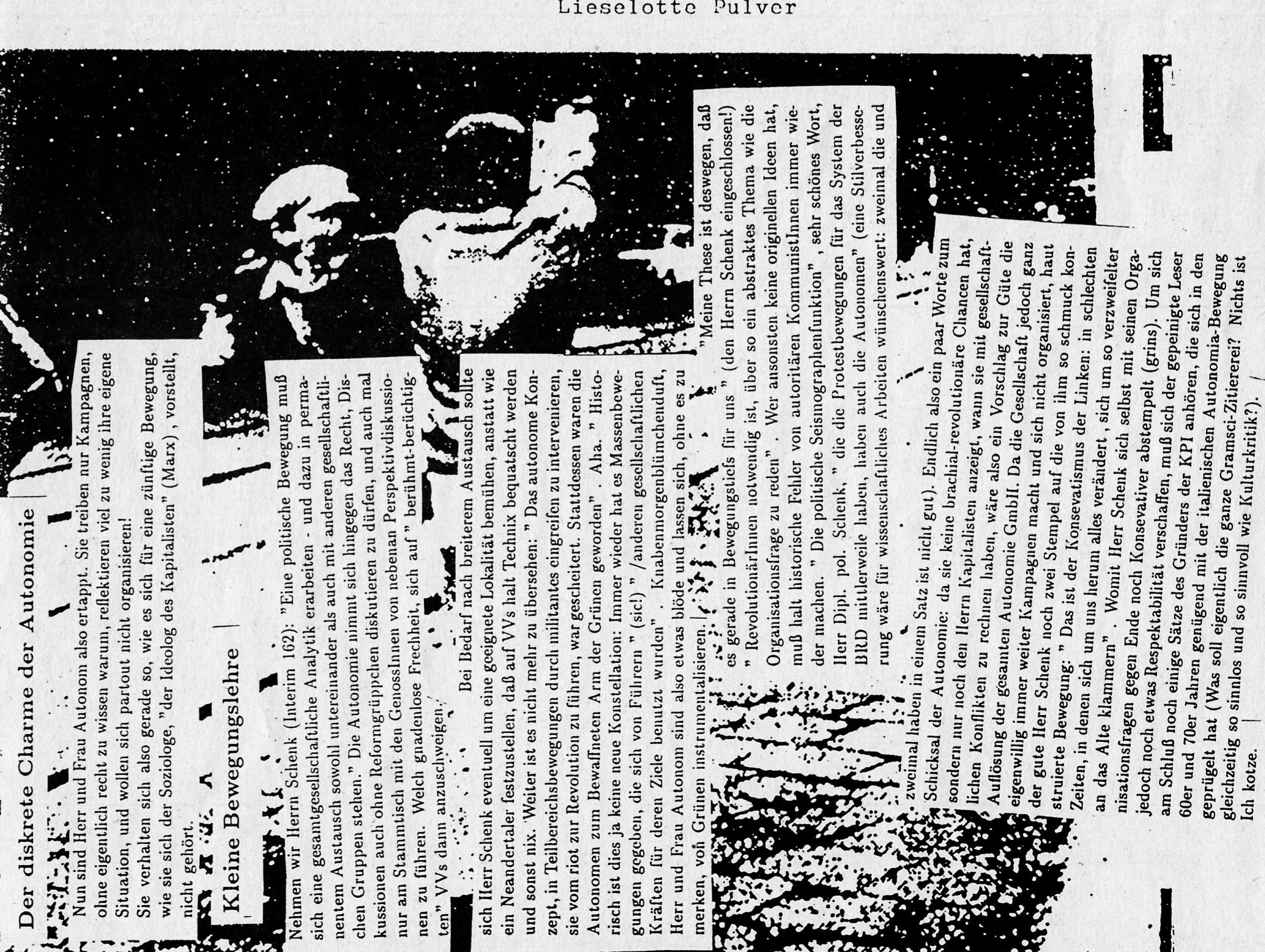
Ich fand dein papier zunächst sehr anregend, auch wenn die Ebene von solidarischer Kritik oft etwas verloren ging.
Ich antworte dir aus der Sicht, die Anti-Olympiakampagne mit initiiert zu haben und an vielen anderen schon oft beteiligt war (unverbesserlich - ich weiß). Für mich ist diese Kampagne eingebettet in einen Strang von Basispolitik, der das"Existenzrecht Wohnen", "Wohnen darf keine Ware sein", gegen Umstruktuierungs- und Verdrängungspolitik, für ein selbstbestimmtes Wohnen und Leben ohne Miete, Zwänge und Unterdrückung umfaßt.In den Bereich, der von einigen Menschen aus der Szene kontinuierlich seit Jahren angegangen wird, gehört der Widerstand gegen die Olympiade. Nur mit dem Unterschied, daß dies ein Punkt ist, an dem wir im Moment am ehesten einen schnellen Teilerfolg erzielen können, gerade weil wir den Feind nicht auf seinem Standbein erwischen, sondern in gesellschaftlichen Widersprüchen wühlen können und für uns nutzen. Was Teilerfolge für Ausstrahlungskraft auch auf andere Bereiche und "Kämpfe" haben können, wissen wir. Und wir brauchen in Zukunft verdammt viel Kraft und Mut, um nicht nur darum zu kämpfen, daß uns die Felle davon schwimmen, sondern um revolutionäre Schritte nach vorne zu gehen. Gerade der Basisbereich Wohnen und Leben im Stadtteil ist wie auch der Arbeitsbereich mit einer der wichtigen Grundursachen für die aufkeimenden Existenzängste, Wohlstandsverlustängste, die sich in rassistischen und sexistischen Formen äußern.
Neben dem Aspekt kommt bei Olympia noch der ideologische dazu, der nicht unwichtig ist - die Loyalität für das System und das Stillhalten Vieler: Sport als transportmittel des Leistungsgedankens, Leistungssport mit seiner Krönung Fußball-und TennisWM und Olympia als Aggressionsausgleich, Sport als Ware, Sport im Fernsehen als Pendant zur entfremdeten Arbeit. Bei unserer politik fällt leider viel zu häufig die weiteren Aspekte, wie hier Anpassung läuft, unter den Tisch. Olympia bietet die Möglichkeit, dies mit aufzunehmen (na ja, klingt wie aus einem Anti-Werbeprospekt das AOK's).
Wo du natürlich recht hast, ist die Tatsache, daß die Entscheidung, eine Anti-Olympia-Kampagne zu machen, nicht das Resultat einer strategischen Diskussion der revolutionären Linken ist.
In meiner Idealvorstellung käme das sehr wohl vor.Nur damit anzufangen, alle revolutionären Kräfte dieser Stadt (gehört die RIM da auch dazu?) an einen Tisch zu bringen, eine gesamtgesellschaftliche Analyse mit dementsprechender praktischen Verhaltensweisen aufzustellen, käme einem faktischen k.o. in der 100. Runde gleich, sprich, wir würden uns erstmal sehr lange gegenseitig paralysieren(lähmen, schwächen, entkräften), zerstreiten, uns vielleicht in noch stärkere Sektierergruppen aufteilen.
Für mich würe es schon ein riesiger Schritt nach vorne, würden sämtliche "Kampagnen"menschen und "Teilbereichs"menschen sich zusammenhocken, sich vermitteln, sich gegenseitig kritisieren/ergänzen.
Und wenn das einigermaßen klappen würde, könnte sogar gemeinsam analysiert werden, welcher Schwerpunkt von vielen aus unserer revolutionärer Sicht, gesellschaftlich anzugehen wäre oder welche positve Utopie wir denn eigentlich haben.
Daß viele im Moment aus den verschiedenen Bereichen heraus sich nen Kopf machen, um dem Flächenbrand Rassismus was praktisches entgegen zu setzen, entstand zwar nicht aus einer Analyse heraus, dennoch aus einem richtigen politischen Gespür, sich selbstverständlich dazu zu verhalten. Du könntest das zwar mit dem Etikett "Kampagne" oder $"Feuerwehrpolitik" versehen, würdest damit aber völlig den positiven Kern verkennen.
Deine Kritik, die Themen Flüchtlinge, Umstruktuierung wären als Reaktion auf Reformismusangst von Linksradikalen besetzt worden, ist echt frech.
Solidarische Kritik heißt für mich, die Menschen erstmal wenigstens zu fragen, als einfach Behauptungen in die Welt zu setzen.

Zur Anti-Olympia-Kampagne:
Diese hat gerade mal erst angefangen. Sie stand am Anfang unter Handlungszugzwang, weil das IOC nach Berlin kam. Andereseits sind wir dadurch erst so richtig aus den Puschen gekommen. daß wir da nach dem altbekannten Muster funktioniert haben, das wissen wir auch.

Durch den Zugzwang lief **nicht** alles so, wie wir dachten. Medien und Pressearbeit läuft uns nicht so einfach aus der Hand wie den eingefleischten PolitikerInnen und das ist auch gut so. Nachdem die Szene jahrelang Zusammenarbeit mit der Presse verpönt hat(außer morgens geierig am Frühstückstisch), müssen wir erst lernen, damit konstruktiver umzugehen, ohne übern Tisch gezogen und nicht wie die Politikerinnen zu werden. Wir wollen so jedenfalls nicht in Wettsteit mit AL/Grüne Liga **treten**.
Langfristig gesehen wollen wir nach wie vor kein Bündnis mit Parteien wie PDS, AL, Grüne Liga usw, stellen uns aber vor, natürlich mit NaturschützerInnen, Volx-Und BreitensportlerInnen, Stadtteilinitiativen, MieterInnen usw. zusammen zu arbeiten. Der Wirrwarr bei der Anti-Olympiademo mit Bündnis und so, kam dadurch zustande, daß ein Treffen mit den o.g. Parteien und anderen Initiativen einberufen wurde, um sich auszutauschen. Das war ein "naives" Rangehen, weil für die AL sowas z.B. natürlich ein Bündnistreffen war, wo es dabei um Abstecken von Einfluß und Entscheidungsgewalt ging.

Was du uns bisher vorenthalten hast, ist deine Vorstellung von revolutionärer Organisierung, v.a. wo der praktische Unterschied besteht in der Auswirkung, wenn sich die Organisierung für eine kampagne entscheidet. Denn eine kampagne ist doch nichts anderes, als ein konkretes teilziel erreichen zu wollen, möglichst mit vielen Kräften konzentriert auf eine bestimmte Zeit. Und daß die Kampagnenheinz und -lieselottes nur beschränkt sind und keine weiteren Ziele und Einbettungen im Kopf haben, ist ebenfalls frech.
Es gibt bisher nicht die revolutionäre Strategie (siehe z.B. die letzten 100 Jahre), sondern viele sich widersprechende und/oder ergänzende.
Ich bin gespannt auf deine.

Lieselotte Pulver


Der diskrete Charme der Autonomie

Nun sind Herr und Frau Autonom also ertappt. Sie treiben nur Kampagnen, ohne eigentlich recht zu wissen warum, reflektieren viel zu wenig ihre eigene Situation, und wollen sich partout nicht organisieren!
Sie verhalten sich also gerade so, wie es sich für eine zünftige Bewegung, wie sie sich der Soziologe, "der Ideolog des Kapitalisten" (Marx) , vorstellt, nicht gehört.

Kleine Bewegungslehre

Nehmen wir Herrn Schenk (Interim 162): "Eine politische Bewegung muß sich eine gesamtgesellschaftliche Analytik erarbeiten - und dazu in permanentem Austausch sowohl untereinander als auch mit anderen gesellschaftlichen Gruppen stehen." Die Autonomie nimmt sich hingegen das Recht, Diskussionen auch ohne Reformgrüppchen diskutieren zu dürfen, und auch mal nur am Stammtisch mit den GenossInnen von nebenan Perspektivdiskussionen zu führen. Welch gnadenlose Frechheit, sich auf " berühmt-berüchtigten" VVs dann anzuschweigen.

Bei Bedarf nach breiterem Austausch sollte sich Herr Schenk eventuell um eine geeignete Lokalität bemühen, anstatt wie ein Neandertaler festzustellen, daß auf VVs halt Technix bequatscht werden und sonst nix. Weiter ist es nicht mehr zu übersehen: " Das autonome Konzept, in Teilbereichsbewegungen durch militantes eingreifen zu intervenieren, sie vom riot zur Revolution zu führen, war gescheitert. Stattdessen waren die Autonomen zum Bewaffneten Arm der Grünen geworden" . Aha. " Historisch ist dies ja keine neue Konstellation: Immer wieder hat es Massenbewegungen gegeben, die sich von Führern " (sic!) " /anderen gesellschaftlichen Kräften für deren Ziele benutzt wurden" . Knabenmorgenblümchenduft, Herr und Frau Autonom sind also etwas blöde und lassen sich, ohne es zu merken, von Grünen instrumentalisieren.

"Meine These ist deswegen, daß es gerade in Bewegungstiefs für uns " (den Herrn Schenk eingeschlossen!) " RevolutionärInnen notwendig ist, über so ein abstraktes Thema wie die Organisationsfrage zu reden" . Wer ansonsten keine originellen Ideen hat, muß halt historische Fehler von autoritären KommunistInnen immer wieder machen. " Die politische Seismographenfunktion" , sehr schönes Wort, Herr Dipl. pol. Schenk, " die die Protestbewegungen für das System der BRD mittlerweile haben, haben auch die Autonomen" (eine Stilverbesserung wäre für wissenschaftliches Arbeiten wünschenswert: zweimal die und zweimal haben in einem Satz ist nicht gut). Endlich also ein paar Worte zum Schicksal der Autonomie: da sie keine brachial-revolutionäre Chancen hat, sondern nur noch den Herrn Kapitalisten anzeigt, wann sie mit gesellschaftlichen Konflikten zu rechnen haben, wäre also ein Vorschlag zur Güte die Auflösung der gesamten Autonomie GmbH. Da die Gesellschaft jedoch ganz eigenwillig immer weiter Kampagnen macht und sich nicht organisiert, haut der gute Herr Schenk noch zwei Stempel auf die von ihm so schmuck konstruierte Bewegung: " Das ist der Konsevatismus der Linken: in schlechten Zeiten, in denen sich um uns herum alles verändert , sich um so verzweifelter an das Alte klammern" . Womit Herr Schenk sich selbst mit seinen Organisationsfragen gegen Ende noch Konsevativer abstempelt (grins). Um sich jedoch noch etwas Respektabilität verschaffen, muß sich der gepeinigte Leser am Schluß noch einige Sätze des Gründers der KPI anhören, die sich in den 60er und 70er Jahren genügend mit der italienischen Autonomia-Bewegung geprügelt hat (Was soll eigentlich die ganze Gramsci-Zitiererei? Nichts ist gleichzeitig so sinnlos und so sinnvoll wie Kulturkritik?).
Ich kotze.

Dämmerung



Nachdem ich mich nun angesichts von soviel Scheiße auf nur vier Seiten übergeben habe, ein näheres Hingucken: Da wird den Damen und Herren der Autonomie unterstellt, sie handeln aus " Langeweile" , sie wollen im Prinzip nur Putz machen, der Inhalt ist beliebig. Eine solche Entpolitisierung politischen Handelns, was soll das?

Da wird unterstellt, " Die Autonomen sorgten für die Schlagzeilen, für politischen Druck, während die Grünen politisch konkrete Konzepte vorzuweisen hatten und es verstanden, die an den Kämpfen Beteiligten in längerfristige politische Arbeit einzubinden." Was für politische Arbeit soll denn das sein? Sollen sich jetzt autonome Gruppen als Kassenwarte bei den Grünen melden?

Weiter wird unterstellt, das die Autonomie sich in dem, was Heinz Schenk "Kampagnen" nennt, immer Themen raussuchen, die nicht von Reformisten besetzt ist. Ökologie sei deswegen " aufgegeben" worden. Ob aufgegeben worden die richtige Bezeichnung ist, bleibt erstmal dahingestellt. Ist Wackersdorf von den Anti-AKWlerInnen " aufgegeben" worden? Zum Thema Ökologie ließe sich allerlei sagen (insbesondere gegen jene Grünen, die Industriealisierung per se mit Kapitalismus identifizieren und denken, mit der Abschaffung von industriellen Produktionsweisen sei der Kapitalismus beseitigt), jedoch nur soviel: Ökologie ist keineswegs ein ausschließlich " linkes" (Scheiß Unterscheidung in links und rechts, ins Parlament will sowieso keiner) Thema, sondern durchaus ein für das Kapital bedeutsamer Produktionsfaktor: es ist überaus im Interesse des Kapitals, auf "saubere" Naturessourcen zurückgreifen zu können. Zudem ist Ökologie Gegenstand eines wachsenden Kapitalsektors (Umwelttechnik, Agrar- und Gentechnologie). Ob das Thema "Ökologie" einfach "aufgegeben" wurde und nicht vielmehr von "Reformisten" an einem bestimmten Punkt übernommen wurde, bezweifle ich.

Auch zum Thema " Flüchtlinge" ließe sich allerlei sagen (wie sich überhaupt zu Allerlei allerlei sagen ließe). Auch hier nur soviel: Flüchtlinge, zumindest in dem Umfang, wie er sich bis 1991 darstellt, haben in der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion eher die Funktion, Rassismus zum Abreagieren für erfahrene wirtschaftliche Diskriminierung zu liefern, als das sie in irgendeiner Form eine tatsächliche Gefahr für das Akkumulationsveralten des Kapitals darstellt. Als solches ist Rassismus konstitutiv für diese gesellschaftliche Konstellation und von " Reformisten" schwer besetzbar. Daß sich dieselben " Reformisten" (Grüne, SPD) indem Moment, indem Flüchtlinge tatsächlich das Akkumulationsverhalten des Kapitals stören, von ihrem "humanistischen" Dünkel befreien, dürfte klar sein. Insofern fällt "Flüchtlingspolitik" aus dem Schema " von Reformisten besetzbar" von vornherein raus.

Umstrukturierung (sehr merkwürdig, Flüchtlinge und Umstrukturierung in einem Satz zu erwähnen) ist in der Tat ein Spielfeld für Reformisten. Aber gerade hier liegen Möglichkeiten, von der Autonomie der Betroffenen aus, mit der eigenen Subjektivität sich Anpassungen an das Kapital entgegenzustellen. Insofern ist die Bedrohung der Umstrukturierung, teurere Mieten, Zerstörung von sozialen Zusammenhängen, eines der eigentlichsten Interessen von handelnden Subjekten und Heuchelei von Reformisten sofort erkennbar.

Olympia ist nun sicherlich kein ursprüngliches, originelles Thema der Autonomie. Natürlich, mit Olympia werden Milliarden von Steuergeldern verscheuert und die erwarteten Profite machen teutsche Kapitalisten. Nur: das passiert bei Autobahnen, Startbahnen, Polizei und Militär regelmäßig. Der eigentliche Angriff geht hier auf die Köpfe der Menschen und da liegt der Skandal: Zur Beziehung von Rassismus und Sport ist über die Olympiaden unter dem Nationalsozialismus bereits was gesagt worden (z.B. Interim 157, AOK). Das gleiche ist die Zukleistern sozialer Widersprüche durch Olympia und, wenn sich Heinz Schenk schon auf Gramsci beruft, die Aufrechterhaltung der kulturellen Hegemonie (Vorherrschaft) der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse, des Kapitals. Indem Menschen, die sich gegen " Brot und Spiele" wehren, zeigen, daß sie auf den Zwang, sich teutschtümelnde Volkstänze und Sportler im Strahlenbad kapitalistischer Werbeindustrie reinziehen zu müssen, verzichten können, wäre dem Kapital als gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis ein Stein auf den Kopf geworfen worden.

So. Ich bin mir nun durchaus bewußt, das einiges von dem bisher gesagten überaus polemisch und verkürzt ist und auf einiges hier überhaupt keine Antwort kommt. Nur ist Heinz Schenks Geschreibsel mit soviel Schwarz-Weiß-Malerei, Unterstellungen, Übertreibungen und veralteten Thesen gespickt, daß es unmöglich ist, in allen Punkten auch nur ansatzweise eine Erwiderung auf die teilweise antwortenswerten Gedanken zu bringen. Bevor ich jetzt frustriert aufhöre, nochmal kurz ein Zusammenfassung meiner Kritikpunkte:

Das peinliche bewegungstheoretische Gesülze hätte sich Heinz Schenk sparen könne. Über die flinken Hasen in der universitären Feld-Forschung hat Geronimo einiges bemerkenswertes gesagt (in Feuer und Flamme), wobei ich den Brief aus der Interim 109 als gute Ergänzung empfinde. (Wo bleibt eigentlich die irgendwann mal angekündigte Zusammenfassung der Reaktionen auf Feuer und Flamme?).

Daß die Autonomie kein widerspruchsfreies, homogenes Gebilde ist, sondern ein bunter Haufen, der sich zudem ständig im Wandel befindet, gegen Repressionen somit aber relativ unanfechtbar und trotzdem, Kontinuitäterä, eine kontinuierliche politische Praxis zustande bringt (wenn auch "nur" Kampagnen), empfinde ich gerade als Stärke! Freilich ist die mangelnde Kommunikation zwischen ständig neu auftauchenden Gruppen und Gruppen, die dem " Traditionszusammenhang" der Szene angehören, ein gewisses Manko (wenn ich Heinz Schenk in diesem Punkt richtig interpretiere). Aber schließlich steht es jedem frei, sich um ein geeignetes Diskussions-Forum zu bemühen (das mit der Interim und der Radi meiner Ansicht nach da ist), deswegen denke ich, brauchen wir uns auch nicht wieder eine leidige Organisationsdiskussion aufzuhalsen. Wer sich für etwas verantwortlich fühlt, soll sich darum kümmern, nur das ändern der Organisationsform bringt so auch keine Besserung. Daß Inhalte auf VVs nicht groß diskutiert werden stimmt, ist aber auch schwerlich möglich. Natürlich wäre so etwas wie eine " Perspektivendiskussion" in größerem Rahmen sicherlich interessant und längst fällig. Aber ich denke das die Diskussion in Gruppen und Zusammenhängen deswegen nicht blockiert ist.

Ich will Heinz Schenk nun nicht unterstellen, daß er sich gerne die Olympischen Spiele 2000 in Berlin angucken würde. Die Absage an eine NOlympia-Kampagne aber damit zu begründen, daß die Autonomie eigentlich sowieso viel zu viele Kampagnen macht ist jedoch Nonsens und daß NOlympia eventuell irgendwelchen Parteien "politisch stärkt" opportunistisches Geschwafel.

Wir gehen nicht unter in Kämpfen, die wir verlieren, sondern in Kämpfen, die wir nicht kämpfen!

Hübel

Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V.

Politische Position

Kriegsdienst bedeutet nicht Dienst im Krieg, sondern Dienst am Krieg, und dieser beginnt nicht erst beim Ausbruch der Feindseligkeiten, sondern bei der psychologischen, politischen und wirtschaftlichen Vorbereitung zum Kriege. Der Militärdienst ist nur eine Erscheinungsform des Kriegsdienstes.

Viele KriegsdienstverweigerInnen stehen vor der Alternative, entweder sich den Zwängen des Ersatzdienstes auszuliefern oder aber totalzuverweigern - und sich den Zwängen der deutschen Justiz auszusetzen.

Totalzuverweigern ist für uns der konsequentere Weg des Verweigerns von Kriegsdiensten. Wir verurteilen nicht die Entscheidung zur Ableistung von Ersatzdiensten, da Totalverweigerung mit massiven staatlichen Repressionen verbunden ist. Gleichzeitig ist der Ersatzdienst eindeutig Bestandteil der permanenten Kriegsvorbereitung, Teil der Maschinerie, die den Mann zum Patriarchen erzieht und Teil der allgemeinen Disziplinierung der Bevölkerung. Wir lehnen daher Ersatzdienst grundsätzlich ab. Unser Ziel ist die Abschaffung des Militärs und aller Zwangsdienste.

Außer zur Kriegsvorbereitung und zur Erziehung der Männer wird der Ersatzdienst von diesem Staat als wirksames Mittel eingesetzt, die Löhne im sozialen Bereich zu drücken. Ohne die billigen, unausgebildeten Ersatzdienstleistenden wären die Löcher im sozialen Netz nur mit Kürzungen auch im militärischen Bereich zu stopfen. Außerdem werden sowohl im Kriegsdienst als auch im Ersatzdienst die Rekruten dazu erzogen, Befehlen blind zu gehorchen. Mit dem geplanten Einsatz deutscher Truppen in den Krisengebieten der ganzen Welt erhöht sich auch für Ersatzdienstleistende das Risiko, in direkte Kriegshandlungen einbezogen zu werden. Das Zusammenflicken und Wieder-Kriegsfertig-Machen deutscher Soldaten durch Ersatzdienstleistende an der "Heimatfront" ist fester Bestandteil der Kriegsplanungen unserer Generäle.

Der Bedarf für die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." ist sehr groß. Allen TotalverweigerInnen drohen "im Namen des Volkes" Repressionen, das heißt u.a. kostspielige Gerichtsverfahren mit Verurteilung. Die Strafen kann den TotalverweigerInnen niemand abnehmen, aber bei den Gerichtsverfahren können wir alle dem Staat unsere geschlossene Solidarität gegen Repressionen beweisen. Erst eine geschlossene Solidarität ermöglicht eine starke Totalverweigerungsbewegung.

"Wer eigenmächtig seine Truppe oder Dienststelle verläßt oder ihr fernbleibt..., wird mit Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren bestraft." (§15 WStG) Dies gilt entsprechend für Zivildienstleistende (Art. 53 "Zivil"dienstgesetz). Weiterhin regelt dieses Gesetz das "Befehlsgehorsamsprinzip" (Art. 27,30), "Einberufung im Kriegsfall" (Art. 79) und die "Zivil"dienstüberwachung" (Art. 23)

Um entschlossene TotalverweigerInnen zu unterstützen und um anderen die Entscheidung dazu zu erleichtern, sollen deren Prozeßkosten aus Spenden aller, die Totalverweigerung als politischen Schritt unterstützen, finanziert werden. Denn viele Leute, die selbst nicht (mehr) von der Kriegsdienstpflicht betroffen sind, können mit Spenden für Prozeßkosten helfen, Totalverweigerung durchzusetzen. Unser Ziel ist, Totalverweigerung zu entkriminalisieren.

Legalize it!

Der Fonds

Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." steht allen BerlinerInnen offen, die wegen Totalverweigerung in Konflikt mit der Staatsgewalt kommen. Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." setzt sich zur Aufgabe, die Anwalts- und Gerichtskosten von TotalverweigerInnen zu übernehmen. Gleichzeitig werden die Prozesse politisch begleitet und, sollte der/die TotalverweigerIn es wünschen, die nötige Öffenlichkeitsarbeit zusammen mit anderen Gruppen organisiert.

Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." begreift sich als Prozeßkostenfonds für Berliner TotalverweigerInnen. Sie macht die Unterstützung eines/einer TotalverweigerIn davon abhänig, ob sein/ihr erster Wohnsitz in Berlin ist. Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." wird Ansätze zur Bildung ähnlicher selbstverwalteter Fonds unterstützen.

Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." setzt sich v.a. dafür ein, vorteilhafte Grundsatzurteile zu erreichen und wird dies deshalb nach Kräften unterstützen.

In der Regel sollen die vollen Anwalts- und Gerichtskosten zumindest durch die erste Instanz hindurch bezahlt werden. Bei wirtschaftlich besser stehenden TotalverweigerInnen übernimmt der Fonds nur in sehr gut begründeten Ausnahmefällen einen Teil der Kosten.

Wir streben an, mit den AnwältInnen Absprachen zu treffen, so daß sie die Fälle zu einem geringeren als dem sonst üblichen Honorar übernehmen. Daher raten wir allen TotalverweigerInnen, rechtzeitig mit uns Kontakt aufzunehmen. Wir können dann auch qualifizierte RechtsanwältInnen, die mit uns zusammenarbeiten, empfehlen, bzw. mit dem/der von Euch gewählten RechtsanwältIn die notwendigen Formalitäten verhandeln.

Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." legt auf ihre antipatriarchalische Position großen Wert. Deshalb werden wir niemand als Rechtsbeistand empfehlen, der Vergewaltiger verteidigt. Anwälte, die mit uns zusammenarbeiten, werden wir entsprechend mitteilen, daß uns dieses Thema sehr wichtig ist.

Wir bezahlen nie im voraus, sondern immer erst nach Erhalt der Rechnungen der RechtsanwältInnen bzw. des Gerichts. Wir legen großen Wert darauf, daß die AnwältInnen ebenso wie die TotalverweigerInnen den Prozeß als einen politischen und nicht als einen Strafprozeß sehen.

Entscheidungen werden in der "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." immer nach dem Konsensprinzip und nie mit Mehrheiten getroffen.

Um Erfahrungen bei Prozessen systematischer zum Vorteil von zukünftigen TotalverweigerInnen auswerten zu können, werden wir es zu einer Bedingung für die Unterstützung machen, daß uns ein Erfahrungsbericht sowie Kopien der Prozeßunterlagen zur Verfügung gestellt werden.

Beratungshilfe wird durch die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." nur dann gewährt werden, wenn der/die Ratsuchende bereits das Mittel der staatlich gewährten Beratungshilfe voll ausgeschöpft hat. In Fällen, die nach Ansicht der "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." aussichtsreich erscheinen, erwartet sie, daß der/die TotalverweigerIn beim Gericht Prozeßkostenhilfe beantragt.

Die "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V." pflegt bereits gute Kontakte zu bekannten Gruppierungen (IDK, AStA-FU, Kampagne gegen Zwangsdienste und Militär, IAT, EA) und strebt regelmäßige Kontakte zu anderen Gruppen, auch bundesweit, an.

Das Geld

Eure Spenden und Solidaritätsbeiträge werden wir ausschließlich für Prozeß- und Gerichtskosten verwenden. Öffentlichkeitsarbeit, d.h. Flugis, Plakate, Anzeigen etc. werden nicht darüber finanziert werden, sondern dafür werden wir gesondert sammeln.

Verwaltet wird das Geld von der unabhängigen "Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V. (nicht eingetragener Verein)". Irgendwelche Parteien oder Organisationen haben auf die Entscheidungen des Vereins keinerlei Einfluß. Die Sitzungen des Fonds sind nur in soweit öffentlich, als sie sich nicht mit konkreten Fällen beschäftigen.

Adresse:

Prozeßkostenhilfe Totalverweigerung n.e.V.
c/o IDK e.V.
(Internationale der KriegsdienstgegnerInnen)
Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
W-1000 Berlin 61

3.Aufgang 1.Stock

Wir sind dort erreichbar freitags 16 bis 18h.

Spendet auf das Sonderkonto ProTotal 20 90 90 bei der Ökobank e.G. FfM, BLZ 500 90 100 !

AUFRUF ZUR DEMONSTRATION: am 3. OKTOBER, um 14 UHR.
TREFFPUNKT: ORANIENPLATZ

KEINE WEITEREN POGROME!

Tagtäglich werden vom Saarland bis Sachsen, von Hamburg bis Dresden, Menschen getreten, beleidigt, verbrannt, erstochen, bedroht, aus dem Fenster geschmissen, aus der S-Bahn geprügelt und zusammengeschlagen.

Wir trauern um den, von der Presse namenlos gehaltenen, Flüchtling aus Ghana, der in der Nacht zum 19.9.91, im Asylwohnheim in Saarlouis ermordet wurde. Und wir trauern um alle, die bisher Opfer der rassistischen Gewalt des wiedervereinigten deutschen Volkes geworden sind.

Auch wenn die Deutschen nicht aus ihrer Geschichte lernen wollen: wir haben daraus gelernt. Wir erkennen die eindeutigen Zeichen des Rassenwahns, der Menschenverfolgung und des wieder salonfähigen Nationalismus. Wir haben gelernt, daß wir uns selbst wehren müssen.

Der deutsche Staat weigert sich weiterhin das Recht auf Leben von ImmigrantInnen, Schwarzen Menschen, JüdInnen, Flüchtlingen, Sinti und Roma und ihren Kindern zu sichern. Die menschenrechtsverletzende Asyl- und Ausländerpolitik der Bundesregierung, von der offen rassistischen Medien-kampagne flankiert, schürt den Rassenhaß. Die kriminellen Ausschreitungen der rechtsradikalen Gruppen werden von der breiten Bevölkerung unterstützt und von der Öffentlichkeit bagatellisiert. Die Verbrechen an uns werden von der Polizei und Justiz kaum verfolgt oder aufgeklärt. Hingegen werden Ansätze von Widerstand kriminalisiert. Die zuständigen PolitikerInnen entziehen sich ihrer Verantwortung.

Wir sind nicht länger bereit auch nur eine einzige Feindseligkeit oder einen einzigen Angriff gegen uns zu dulden. Für unseren Widerstand werden wir alle Kräfte mobilisieren, alle Bündnisse schließen, sowohl in Deutschland, als auch international. Wir werden die Verletzungen unserer Menschenrechte und unserer Menschenwürde bei nationalen und internationalen Kommissionen anklagen. Die rassistischen Medienkampagnen, wie im `Spiegel' oder in der `Bild Zeitung', werden wir aktiv bekämpfen.

Wir solidarisieren uns mit den in ihrer Heimat und hier Verfolgten und fordern:

- BLEIBERECHT FÜR ALLE
- WEG MIT DEM DISKRIMINIERENDEN AUSLÄNDERGESETZ
- DIE UNANTASTBARKEIT DES ARTIKEL 16 UND 19 DES GRUNDGESETZES
- MENSCHENWÜRDIGE LEBENSBEDINGUNGEN FÜR ALLE FLÜCHTLINGE
- ÜBERPRÜFUNG DER LEBENS- UND UNTERBRINGUNGSBEDINGUNGEN DER FLÜCHTLINGE DURCH DIE UNO-MENSCHENRECHTSKOMMISSION
- ANTIDISKRIMINIERUNGSGESETZE
- STRAFRECHTLICHE VERFOLGUNG JEGLICHER RASSISTISCHEN HANDLUNGEN, HALTUNGEN UND ÄUßERUNGEN
- DIE EINHALTUNG DER GENFER FLÜCHTLINGSKONVENTION
- STOP DER RASSISTISCHEN AUSLÄNDERPOLITIK DER BUNDESREGIERUNG

NIEMALS WIEDER EIN DEUTSCHLAND DER HERRENRASSE!

Organisiert von: Vorbereitungsinitiative NOZIZWE, Turmstr.72,1/21,3927039

UNTERSTÜTZT VON: Nozizwe, AK Immigrantinnen & Flüchtlingsfr., Cunhari, Ban Ying, TU Arbeitsst. "Dritte Welt", Verein iranischer Flüchtlinge Bln, Provis. Frauenkom. gegen Hinrichtungen im Iran, TU Soz.Päd. Frauenfschg. Antifa-Kontaktst. Asta FU, AREF Asta FU, Black Liberation Sounds, Black Unity Committee, Internationalist. Frauenplenum, Autonomes Frauenplenum gegen die AusländerInnengesetze, Akarsu, Anti-Olympia Kom., LAZ Frauenplenum, Cafe "Grenzenlos", Eritrea Hilfsw., The Eritreans, Mosaik, Infoladen "3. Welt" Neukölln, IAF, Flüchtlingsrat Bln, Pax Christi, Antifa Wedding Pankow, Kotta Frauengr., Die Grünen AL, PDS Fraktion Bln, Afrikan Frauengr., Gruppe Lateinamerik. Frauen, Asyl e. V., ÖTV Asylgruppe, ASW, Oromo Center, Horn von Afrika, Türk Elternverein Bln

KNASTKONZERT vor MOABIT

KNASTKONZERT VOR MOABIT 29.9. .

letzten Sonntag hatten sich Pnatsch und Jök vor Moabit angekündigt. Wir wollten das Konzert trotz Demo in Hoyerswerder machen ,weil die Knackis nicht demonstrieren können und um auch vor dem Knast was zur AusländerInnenfeindlichkeit zu sagen. Am Samstag stellte sich dann raus, daß die Anlage, die wir benutzen wollten, auf der Demo in Hoyerswerder eingesetzt werden sollte. Wir haben kurzfristig das Konzert abgesagt und sind um 15°° zum Knast gefahren, wo etwa 15 UnterstützerInnen warteten. Nach einem Redebeitrag zu Hoyerswerder, der im Knast sehr lebhaft (leider schlecht verständlich) aufgenommen wurde, benutzten einige RumänInnen das Megafon, um über die Fremdenfeindlichkeit zu berichten und Angehörige zu grüßen.
Das nächste Konzert findet am 13.10. mit GROUP DIREN (moderne türkische Folklore) statt. Danach versuchen wir, nochmal Pnatsch und Hordy-Tordy zu engagieren.

Die Knastkonzertleute

ALT MOABIT 23a – RATHENOWSTR.
U9 TURMSTRAßE S3 BELLEVUE
JEWEILS SONNTAGS 15°°

13.10. / 27.10.

TERMINE

SAMSTAG; 5.10.

21.00 "eat the rich" , im Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84

SONNTAG, 6.10.

21.00 "Soziales Zentrum Leon Cavallo", Film im Videokino Anchlag, Kreutzigerstr. 18

DIENSTAG, 8.10.

9.00 Prozeß von Ayhan Öztürk, im Landgericht Brlin, Turmstraße

21.00 "Noch leb ich ja" ,Video über einen Aidskranken im Infoladen Daneben, Rigaerstr. 84

DONNERSTAG, 10.10.

20.00 "Fluchtwege" und "Fremdland" , Filme über Asyl im Infoladen Daneben

20.00 "Die Macht der Industrie", Vortrag und Film mit anschließender Diskussion im A-Laden inMoabit


AUSLÄNDERINNEN BLEIBEN